



# Sicherheit neu denken - Alternativen zur Militarisierung

im

possible

## I. Termine und Hinweise

S. 3 ..... Termine und Hinweise

## II. Beiträge zum Schwerpunktthema

S. 13 ..... Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik

S. 18 ..... Gewaltarme Politik denken, nicht Mythen mit Mythen bekämpfen

S. 27 ..... Politisch werden!

S. 34 ..... Was bedroht unsere Sicherheit?

S. 41 ..... Religionen als Friedensstifterinnen

## II. Berichte aus dem Diözesanverband

### MELDUNGEN AUS DEM BÜRO

S. 51 ..... Schwerpunkte der Vorstandsarbeit bis 2021

S. 54 ..... Tagung der Friedensreferent\*innen in Paderborn

S. 56 ..... pax christi - Zukunftswerkstatt in Magdeburg

S. 59 ..... Dritter Münsteraner Friedenslauf

S. 62 ..... Aufruf an das Europäische Parlament

S. 67 ..... Friedenspolitische Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

### BERICHTE VON MITGLIEDERN

S. 71 ..... Studientag in Recklunghausen zum Thema Rüstungsexport

S. 74 ..... „Menschenrechte nur im „Set“ zu haben“

S. 77 ..... Dr. Ferdinand Kerstiens feiert sein diamantenes Priesterjubiläum

S. 80 ..... Predigt zum 60jährigen Dienstjubiläum von Pfarrer Ferdinand Kerstiens

S. 85 ..... Ein Grußwort zum Jubiläum

S. 86 ..... Rezension: Adelheid Bahr (Hg.): Warum wir Frieden und Freundschaft mit Russland brauchen

S. 89 ..... Rezension: Margit Eckholt/ Georg Steins (Hg.): Aktive Gewaltfreiheit. Theologie und Pastoral für den Frieden

# Liebe Friedensfreundinnen, Liebe Friedensfreunde,

Die Bundesregierung will mehr Geld fürs Militär ausgeben und den Etat bis 2024 von 1,2 auf 2 % der Wirtschaftsleistung Deutschlands steigern. In Europa wurde 2017 das Abkommen zur „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO) unterzeichnet und gilt als erster Schritt hin zu einer weitgehend gemeinsamen Verteidigungspolitik (Rüstungsprojekte, Europa-Armee) der Mitgliedsstaaten der EU. Der Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) wurde 2018 durch die USA aufgekündigt. Der Handel mit Großwaffen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen - das rechnet das Friedensforschungsinstitut Sipri vor. Deutschland steht auf Platz vier der Exporteure.

Das sind nur einige besorgniserregende Entwicklungen einer weltweiten Militarisierung, die wir seit geraumer Zeit beobachten können. Militärkritik, Problematisierung und Skandalisierung der militärischen Sicherheitspolitik – das sind Wege, die auch wir seit Jahrzehnten verfolgen.

Mit „Sicherheit neu denken“ gibt es nun ein Positiv-Szenario der Ev. Landeskirche Baden, das die Möglichkeiten von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik und damit eine konstruktive Alternative aufzeigt. Diesem Thema widmen wir unseren Schwerpunkt, indem wir das Szenario vorstellen und aus verschiedenen Perspektiven von Autor\*innen, die sich schon lange mit Thematiken wie der zivilen Konfliktbearbeitung beschäftigen, analysieren lassen.

Das „Friedensprojekt Europa“ steht aktuell vor großen Herausforderungen. Die Europawahl 2019 steht vor der Tür. Mit dem Aufruf „Rettet das Friedensprojekt Europa! Für Frieden. Für Menschenrechte. Für Europa.“ an das Europäische Parlament verdeutlichen wir die Wichtigkeit dieses gemeinsamen, friedlichen Europas. Die Wahlprüfsteine sollen Ihnen eine Hilfestellung bei Gesprächen mit Abgeordneten bieten.

Der neu gewählte Vorstand hat auf seiner Jahresklausur die künftigen Arbeitsschwerpunkte in unserem Diözesanverband beschlossen und

dabei die Rückmeldungen unserer Mitglieder auf der DV 2018 berücksichtigt. Die Ergebnisse finden Sie in diesem Heft, wie auch einen Bericht über die „Zukunftswerkstatt“ von pax christi. Wir blicken also nach vorn.

Berichte von Mitgliedern von verschiedenen Veranstaltungen sowie die Rezensionen runden die aktuelle Ausgabe ab.

In dieser Ausgabe gibt es zudem eine Neuerung: Zur besseren Sichtbarkeit haben wir die „Termine und Hinweise“ auf die ersten Seiten des Heftes platziert.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

*Daniel Hügel, Ferdinand Kerstiens,  
Stefan Leibold und Eberhard Ockel*



## Termine und Hinweise

*Sonntag, 12. Mai 2019, 15.30 Uhr  
Pfarrheim St. Martini, Münster*

### **Friedensprojekt Europa?!**

Die Wahl des Europaparlaments findet vom 23. bis 26. Mai 2019 in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union statt, in Deutschland am 26. Mai. Sie wird entscheidende Weichen zur Zukunft der Europäischen Union und unseres Zusammenlebens in Europa stellen.

Wohin wird sich die EU entwickeln? Geht es mit der europäischen Integration voran - und vor allem: wie geht es voran? Verdient Europa den Namen „Friedensprojekt“ noch angesichts sinkender Unterstützung für Friedensbildung und Zivile Konfliktbearbeitung?

**An diesem Nachmittag wollen wir die Vertreter\*innen der Parteien zu ihren Positionen zu wichtigen Themen der Friedenspolitik befragen:**

- Wie stehen sie und ihre Parteien zur „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ im Bereich Sicherheit und Verteidigung in der EU (PESCO) und zur Rüstungsexportpolitik?
- Droht uns 30 Jahre nach dem Fall der Mauer ein neuer Kalter Krieg angesichts eines neuen Rüstungswettlaufs zwischen den USA und Russland?
- Wie steht es um unsere europäischen Werte der Humanität und Menschenrechte, wenn wir an die Menschen denken, die vor Krieg und Gewalt fliehen und sich nach Europa auf den Weg machen?

Wir freuen uns auf eine spannende und konstruktive Diskussion mit Ihnen und mit unseren Gästen:

- **Anna Blundell**, Bündnis 90/die Grünen, Kandidatin für das Europaparlament
- **Hannes Draeger**, Die Linke, Mitglied im Kreisvorstand Münster
- **Johannes Geist**, FDP, Mitglied im Wahlkampfteam von Paavlo Czwikla, Europakandidat

- **Werner Jostmeier**, CDU, ehem. MdL, Honorarkonsul der Republik Bulgarien und von 2005 bis 2012 Vertreter des Landes NRW im Ausschuss der Regionen der EU in Brüssel
- **Sarah Weiser**, SPD, Kandidatin für das Europaparlament

In Kooperation mit der DFG-VK Münster.

*Montag, 13. Mai 2019*

*Akademie Franz Hitze Haus,*

*Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster*

### **Pionierarbeit für interreligiöse Bildung**

**Zeitgeschichte im Spiegel einer Autobiografie**

Mit seinem Gesprächspartner Clauß Peter Sajak erinnert sich Johannes Lähmann, einer der bedeutendsten Vertreter des interreligiösen Dialogs in Deutschland, an seine Pionierarbeit für interreligiöse Bildung. Als deren Notwendigkeit und Brisanz noch kaum im Blick war, war er einer der Ersten, der sich diesen Themen zuwandte. Mehr Infos auf unserer Webseite.

Tagungsbeitrag: 8,-- € / erm. 4,-- €

*Samstag, 15. Juni 2019, 15 Uhr*

*KSHG Münster, Frauenstraße 3-6, Münster, Aula*

### **Verleihung des Papst-Johannes XXIII-Preis 2019**

Der fünfte Papst-Johannes XXIII-Preis geht in diesem Jahr an zwei Personen, stellvertretend für das Netzwerk Kirchenasyl Münster: Maria Espelkott aus Rosendahl und Benedikt Kern aus Münster. Mit dem Preis ehrt pax christi im Diözesanverband Münster Menschen oder Gruppen, die sich im Sinne des 2014 heiliggesprochenen Papstes und des von ihm inaugurierten Zweiten Vatikanischen Konzils engagieren. Spenden vor Ort sind willkommen!

*Samstag, 7. Juli 2019*

### **Mahnwache in Büchel**

Abfahrt: 8 Uhr Recklinghausen, Wickingplatz, Rückkehr gegen 20 Uhr

Ob wir mit einem Bus oder mit Privatwagen fahren werden, hängt von der Teilnehmerzahl ab. Die Fahrtkosten werden umgelegt; pro Person etwa 40-50 Euro per Bus bzw. 10-20 Euro per PKW

Anmeldung bis zum 16.06.2019 erbeten:

per e-mail an: gertzjohannes54@googlemail.com

pax christi-Regionalgruppe Recklinghausen

Heilige-Geist-Str. 7, 45657 Recklinghausen

*Donnerstag, 3. Oktober 2019, Kalkar*

### **Protest gegen die NATO-Zentrale in Kalkar**

Wie in den vergangenen Jahren findet am 3. Oktober 2019 wieder eine Protestaktion gegen die NATO-Zentrale in Kalkar/Uedem statt. Der pax christi Diözesanverband ruft zur Beteiligung an diesem Protest auf.

Eines der wichtigsten Zentren des NATO-Luftwaffen-Einsatzes befindet sich in Kalkar. Von den Tornados in Syrien bis zu den Luft-Transportern in Mali: Alle Luftwaffeneinsätze der Bundeswehr im Ausland werden von Kalkar gesteuert. Dort haben die Bundeswehr und die NATO Leitzentralen und Kriegs-Infrastruktur für den Hightech-Krieg aufgebaut. Von den Gefechtsständen in Kalkar will die Bundeswehr künftig auch ihre Kampfdrohnen steuern.

Bitte den Termin vormerken. Organisatorische Einzelheiten und aktuelle Informationen werden in der pc-korrespondenz 2/2019 veröffentlicht.



MAKE  
THINGS  
HAPPEN

*Donnerstag, 10. Oktober 2019*

*Sportpark Sentruper Höhe*

### **3. Münsteraner Friedenslauf**

Wir freuen uns, wenn auch Sie uns am 10. Oktober unterstützen und sich gemeinsam mit uns gegen Gewalt und für den Frieden weltweit einsetzen!

- Als Lehrer\*in der Münsteraner Schulen: Nehmen Sie mit Ihren Schüler\*innen teil! Sprechen Sie auch Kolleg\*innen und die Schulleitung an!
- Als pax christi-Mitglied: Sprechen Sie Lehrer\*innen, Schulleitungen und Schüler\*innen der Münsteraner Schulen aus ihrem Familien-, Freundes-, und Bekanntenkreis an und motivieren Sie diese zur Teilnahme!
- Für den Lauftag am 10. Oktober suchen wir engagierte Helfer\*innen, die uns zwischen 9 und 12 Uhr tatkräftig unterstützen. Hilfe wird vor allem bei der Ausgabe von Wasser und Bananen an die Läufer\*innen, bei der Verteilung von Stempeln nach jeder gelaufenen Runde oder zur Absicherung der Laufstrecke benötigt. Ihre Meldung zur ehrenamtlichen Mithilfe nehme ich unter [d.huegel@paxchristi.de](mailto:d.huegel@paxchristi.de) oder unter 0251/511420 gern entgegen.

*12. bis 17. Oktober 2019*

### **Mystik und Widerstandsgeist.**

#### **Eine Reise nach Helfta und zu den eigenen Quellen.**

Die für den Zeitraum 12.-17.10.2019 geplante und in der pc-korrespondenz Nr. 3/2018 ausgeschriebene Reise zum Kloster Helfta wird stattfinden. Bisher haben sich 20 TeilnehmerInnen angemeldet. Es sind noch einige Plätze frei. Das Anmeldeformular kann unter dem Link:

[www.muenster.paxchristi.de/termine](http://www.muenster.paxchristi.de/termine) heruntergeladen werden.

Die Reise verspricht wegen der ReferentInnen und der Zusammensetzung der Reisegruppe wieder sehr abwechslungsreich, gewinnbringend und spannend zu werden.

Die Angemeldeten, die ihre Anzahlung noch nicht geleistet haben, bitten wir um baldige Bezahlung auf das Konto des Fördervereins der pax christi-Bewegung im Bistum Münster mit IBAN: DE40 4006 0265 0003 9626 00. Danke.

## Einladung zum pax christi Kongress Gewaltfreie Zukunft? Gewaltfreiheit konkret.

25./26. Oktober 2019 im Bonifatiushaus in Fulda

Was bedeutet Gewaltfreiheit im Kontext der internationalen Beziehungen? Was sind Methoden und Strategien aktiver Gewaltfreiheit? Wie sieht die konkrete Praxis aktiver Gewaltfreiheit als Kern politischen Handelns für eine gerechte Welt ohne Gewalt und Waffen aus? Suchen Sie nach Antworten auf diese Fragen? Dann sind Sie beim pax christi-Kongress 2019 genau richtig!

Mit diesem Kongress führt pax christi Friedensbewegte und Forscher\*innen zusammen. Hier werden aktuelle sozialwis-

senchaftliche, theologische und friedensethische Ansätze vor- und zur Diskussion gestellt, die sich mit aktiver Gewaltfreiheit auseinandersetzen. Neben der wissenschaftlichen Grundlegung geht es vor allem um die Umsetzung der Diskurse in politische Praxis.



Melden Sie sich jetzt an und diskutieren Sie mit! Nähere Informationen erhalten auf [paxchristi.de](http://paxchristi.de) und im pax christi-Sekretariat [sekretariat@paxchristi.de](mailto:sekretariat@paxchristi.de)

### Das Kongressprogramm

Freitag, 25.10.2019

18:00 Uhr

**Eröffnung**

18:15 – 21:30 Uhr

**Drei Forschungsperspektiven zur Gewaltfreiheit stellen sich vor**

Prof. Dr. Stefan Silber: [Fundamente einer Theologie der Gewaltfreiheit – Catholic Nonviolence Initiative](#)

Prof. Dr. Hanne-Margret Birkenbach: [Zur Logik des Friedens und den Prinzipien von Friedenshandeln](#)

Dr. Theodor Ziegler: [Szenario „Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“](#)

Samstag, 26.10.2019

09:00 Uhr

**Begrüßung und Einführung**

Vortrag von Apl. Prof. Dr. theol. Thomas Nauerth: [Gewaltfreiheit als Stil einer Politik des Friedens? Erfolge, Akteure und Perspektiven](#)

11:00 – 12:30 Uhr

**Arbeitsgruppen zur Auseinandersetzung mit den Säulen I – V des Szenarios**

I. Gerechte Außenbeziehungen

Prof. Dr. theol. Habil. H. c. Egon Spiegel: [Peace counts: Gewaltfreiheit auf verschiedenen Ebenen](#)

Peter Schönhöffer: [Perspektiven für globale Gerechtigkeit – wo kann es hingehen? Wie können wir dazu beitragen?](#)

II. Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten

Stefanie A. Wahl M. A.: [EU \(ropa\) an seinen Grenzen](#)

III. Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur

Prof. Dr. Hans-Joachim Heintze: [Von einem Völkerrecht der Souveränität zu einem Völkerrecht der Solidarität](#)

IV. Resiliente Demokratie

Prof. Dr. Michelle Becka: [Wenn Autoritarismus die Freiheit gefährdet](#)

Prof. Dr. Gregor Lang-Wojtasik: [Global Citizenship Education als Projekt der Gewaltfreiheit](#)

Prof. Dr. Friedhelm Boll und Burchard Schlömer: [Versöhnung als geschichtliche Erfahrung und aktuelle Herausforderung – worauf kam und kommt es an?](#)

V. Konversion der Bundeswehr und Rüstungsindustrie

Prof. Dr. i. R. Heinz Günther Stobbe: [Atomwaffen und atomare Abschreckung aus ethischer Sicht](#)

14:30 – 16:00 Uhr

**Arbeitsgruppen wie am Vormittag**

Zurzeit läuft ein Call for papers, der besonders junge Forscher\*innen zur Mitwirkung einlädt. Daraus werden sich weitere Arbeitsgruppen ergeben.

16:30 – 18:00 Uhr

**Abschlussrunde**

[Konkrete Perspektiven – Nächste Schritte – Politische Strategien](#)

## Samstag, 23. November 2019 Pfarrheim St. Martini, Martinikirchhof 11, 48143 Münster Diözesanversammlung 2019

Unsere diesjährige DV findet im Pfarrheim St. Martini statt. Die genaue Uhrzeit und das Programm werden rechtzeitig mit der nächsten Ausgabe in der Einladung bekannt gegeben.



### Politisches Nachtgebet

Die Arbeitsgruppe „Politisches Nachtgebet“ hat sich im März 2019 einvernehmlich aufgelöst. Den Spirituellen Gedanken von pax christi weiterzutragen, bleibt jedoch Ziel und Anspruch von uns. Dazu soll es anlassbezogene Veranstaltungen mit geeigneten Formaten geben. Vorstand und Friedensreferent werden diese Veranstaltungen zusammen mit geeigneten Kooperationspartner\*innen vorbereiten und durchführen.



# Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik

Ein Szenario bis zum Jahr 2040

Theo Ziegler

Friedenshandeln hat zwei Dimensionen: Zum einen die Militärkritik durch die persönliche Verweigerung jeglicher Kriegsdienste sowie Problematisierung und Skandalisierung der militärischen Sicherheitspolitik, deren mangelnder Zielführung, Kontraproduktivität und auch humaner Inkompatibilität. Der größte Teil der Aktivitäten der Friedensbewegung ist militärkritischer Art, gegen Rüstungsexporte, gegen Atomwaffen, gegen Drohnen und vieles andere mehr. Die zweite Dimension ist das Engagement für eine konstruktive Alternative. Wie könnte eine Sicherheitspolitik strukturiert sein, die humanen Wertvorstellungen Rechnung trägt, die die Unsicherheitsfaktoren an der Wurzel behandelt, anstelle durch die militärische Bedrohung möglicher Konfliktpartner in untauglicher Weise an Symptomen herumzukurieren?

Beide Formen des Friedenshandelns sind notwendig, sie bedingen sich sogar: Konstruktive Alternativen werden umso dringender, je klarer Militärkritik die Probleme analysiert und vermittelt. Militärkritik wird umso akzeptabler, je plausibler die Möglichkeiten von Alternativen erscheinen. Dieser Zusammenhang zeigte sich auch im Falle des für 2022 gesetzlich beschlossenen Atomausstieges. Der politische Erfolg der „Atomkraft-nein-danke“-Bewegung stieg mit der Entwicklung der Substitution durch die regenerative Energiegewinnung und Energieeinsparungsmaßnahmen.

Dieses Bemühen um eine glaubhafte Alternative zur militärischen Friedenssicherung war auch ein Anliegen der badischen Landessynode, die 2013 im Rahmen ihres wegweisenden Beschlusses, „Kirche des gerechten Friedens“ werden zu wollen, einen entsprechenden

Auftrag für die Erstellung eines Militärausstiegsszenario erteilte. Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe unter Leitung des badischen Friedensbeauftragten Stefan Maaß beschrieb mithilfe der Szenariotechnik drei Entwicklungen, die einerseits den Trendverlauf, die Fortschreibung des Gegenwärtigen darstellen, zum anderen, als das Negativszenario, den schlimmsten anzunehmenden Fall und als Drittes die bestmögliche Entwicklung aufzeigen. Der Schwerpunkt wurde auf die Darstellung dieses anzustrebenden Positivszenarios gelegt.

Dabei konnten die AutorInnen auf viele wissenschaftliche Vorarbeiten wie beispielsweise die Konzepte der Sozialen Verteidigung, der Friedenslogik, der Zivilen Konfliktbearbeitung und viele Praxisansätze wie die Nonviolent Peaceforce, die Peace Brigades International und ähnliche Organisationen, den Zivilen Friedensdienst, den Aktionsplan der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung aus dem Jahr 2004“ und die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zurückgreifen. Ein erster Szenario-Entwurf wurde 2017 bei Anhörungen von ExpertInnen aus Politikwissenschaft, Militär, Friedensbewegung und Religionen diskutiert und dann weiter überarbeitet. Die öffentliche Vorstellung des Szenario-Buches erfolgte auf ei-

nem friedensethischen Studientag des Evangelischen Oberkirchenrates am 28. April 2018 in Karlsruhe.

Da der ursprüngliche Begriff „Ausstieg“ im Sinne von „Aussteiger“ eher negative Assoziationen hervorzurufen vermag, wurde schlussendlich – angeregt durch einen Aufruf für eine neue Ostpolitik – der Titel „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ gewählt. Zwar ist aus der politikwissenschaftlichen Diskussion das Gegensatzpaar „Friedenslogik versus Sicherheitslogik“ geläufig, womit die Bedeutung des vom Frieden-her-Denkens als politische Leitlinie im Gegensatz zu militärischem Sicherheitsstreben definiert wird. Damit bliebe jedoch der Begriff der Sicherheit dem Militär überlassen und würde der wichtige Wert humaner Sicherheit, im Sinne eines sich Versorgt-Wissens und der Wahrung der Menschenrechte, preisgegeben. Mit „Sicherheit neu denken“ und „ziviler Sicherheitspolitik“ soll der Sicherheitsbegriff aus der Engführung militärischer Logik befreit und rehabilitiert werden. Um den immer wieder zutage tretenden Missverständnissen vorzubeugen, könnte das obengenannte Gegensatzpaar präzisiert werden, indem man von „ziviler Friedenslogik versus militärischer Sicherheitslogik“ spräche. Durch das Adjektiv „zivil“ erschien der

Autorengruppe auch „gewaltfrei“ ersetzbar, weil in zivilem Gebaren enthalten, und werde auch rechtsstaatliche Polizeigewalt zur Verbrechensbekämpfung inkludiert.

### **Die wesentlichen Elemente des Szenarios „Sicherheit neu denken“ (Snd)**

War das Konzept der Sozialen Verteidigung bedingt durch seine Entstehung im Ost-West-Gegensatz eine eher am engen Friedensbegriff der Kriegsnegation orientierte Strategie, so bezieht sich das Szenario Snd auf den weiten, positiven Friedensbegriff des Prozesses der Minimierung lebensbehindernder Faktoren und der Maximierung lebensdienlicher Faktoren. Wenn Konflikte und Kriege die Folge ungerechter Verhältnisse sind, dann bedeutet eine wirklich friedenschaffende Sicherheitspolitik das Engagement für die humane Sicherheit aller Menschen. Dies wird an dem Fünf-Säulen-Modell „Zivile Sicherheitspolitik“ aufgezeigt: Faire ökonomische Außenbeziehungen, ökologischer und globalverantwortlicher Lebensstil, gutnachbarliche Verhältnisse zu den EU-Anrainern, friedenslogische Sicherheitsarchitektur, auch im Sinne der Demokratisierung und „Verpolizeilichung“ der internationalen Beziehungsebene, wesentliche

Verstärkung der zivilen Konfliktbearbeitungskultur und Konversion der Bundeswehr für zivile Aufgaben wie Katastrophenschutz, Rettungswesen, Polizei.

Charakteristisch für ein Szenario ist neben der klaren Zieldefinition – hier die mittelfristige Entmilitarisierung durch Konversion von Bundeswehr und Rüstungsproduktion –, dass auch eine zeitliche Abfolge der erforderlichen Schritte als Meilensteine mit einem realisierbaren Zieldatum – hier das Jahr 2040 – benannt wird. Während dies bei der Klimaproblematik erfolgt ist, traut sich bezüglich der Kriegsproblematik so gut wie niemand in Politik, Wissenschaft, Kirchen oder Friedensbewegung, die Ablösung der Bundeswehr zu fordern, geschweige denn eine Jahreszahl hierfür zu benennen. Diese perspektivische Lähmung soll mit dem Szenario überwunden werden: Nach der Vorstellung des Szenarios in diesem Frühjahr ist nun an die Bildung einer Kooperation von ähnlich orientierten Organisationen für eine gemeinsame zivilgesellschaftliche Informationskampagne in den Jahren 2019 und 2020 gedacht. Anschließend soll eine Diskussion auf der politischen Ebene, die dann 2021 Bundestagsbeschlüsse für die Beendigung der Rüstungsexporte absichernden Hermesbürgschaften und den Atomwaffenabzug aus



Deutschland zur Folge hat. Nach einer 2024 veröffentlichten offiziellen Studie soll der Wechsel zu einer ausschließlich zivilen Sicherheitspolitik im Jahr 2025 vom Bundestag beschlossen werden, im Jahr 2035 ein Bundestagsbeschluss zur Konversion der Bundeswehr, so dass dieses Ziel im Jahr 2040 erreicht sein wird. Möglicherweise kann dieser Prozess aber auch länger dauern, würde er jedoch gar nicht in Angriff genommen, würde das Ziel mit Sicherheit nie erreicht. Umgekehrt sind jedoch auch Entwicklungen vorstellbar, die den Entmilitarisierungsprozess erheblich beschleunigen.

### Die nächsten Schritte

Auch und gerade angesichts der drastischen Steigerung der Nato-Rüstungsausgaben sowie der in Politik und Medien vorgetragenen quasireligiösen „Bekanntnisse“ zum Militärbündnis und zur Aufrüstung der Bundeswehr, haben zivilgesellschaftliche Institutionen wie die Organisationen der Friedens-, Umwelt- und Solidaritätsbewegung, die Gewerkschaften und die Kirchen eine große Verantwortung, Auswege aus dieser Sackgasse aufzuzeigen und an deren Realisierung mitzuwirken. Von diesem Ansatz her wurde das Szenario Snd entwickelt. Aufgrund einer ersten Vorsondierung mit VertreterInnen verschiedener Friedensorganisati-

onen am 27. Juni in Karlsruhe soll nun ebenda für 12. Dezember zu einem Sondierungstreffen aller mitwirkungsbereiten Organisationen eingeladen werden. Das Szenario Snd kann hierzu erste Impulse liefern, die von den sich zusammenfindenden Kampagnenmitgliedern weiter beraten und entwickelt werden sollen.

### Schlussbemerkungen

In Demokratien entscheiden parlamentarische Mehrheiten. Dass diese weiterhin für Aufrüstung zustande kommen, obwohl die Demoskopie zu vielen Details wie Atomwaffen, Rüstungsexporten und Auslandseinsätzen große Bevölkerungsmehrheiten dagegen ausmacht, ist ein noch genauer zu erforschender Widerspruch. Möglicherweise hängt die bei Bundestagswahlen trotzdem erfolgende Zustimmung zu den das Militär stützenden Parteien damit zusammen, dass die vorhergehenden Diskurse sich mit anderen Themen befassen, aber auch mit der bislang fehlenden sicherheitspolitischen Alternative. Diesem Mangel abzu- helfen könnte mit der anvisierten Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik erreicht werden. Dabei sollte die Kommunikationsstrategie zur Vermeidung von Dialogblockaden ausschließlich auf objekt-sachliche Sprache angelegt sein, weil es

nicht darum geht, recht zu haben, sondern heute noch andersdenkende Menschen zu gewinnen. Die Methode der Gewaltfreien Kommunikation, die Andersdenkende bzw. Konfliktpartner auf ihre Bedürfnisse anspricht, diese ernst nimmt und gemeinsam nach zielführenden Lösungen sucht, könnte sich hierbei in besondere Weise bewähren. Das heißt, wesentliche Elemente der angestrebten zivilen Konfliktkultur sollten schon beim Engagement für deren politische Realisierung Anwendung finden.

---

*Theo Ziegler ist Mitglied des Forum Friedensethik in der badischen Landeskirche*

---

Zuerst erschienen in:  
Netzwerk Friedenskooperative (Hrsg.):  
FriedensForum 5 / 2018:  
Friedensjournalismus

<https://www.friedenskooperative.de/sicherheit-neu-denken>

Das Buch „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040“ (166 S.) kann für 9,95 € inkl. Porto bestellt werden bei <Elisabeth.Russy@ekiba.de>

Interessierte Organisationen können sich wegen näherer Informationen und der Einladung an Stefan Maaß, den Friedensbeauftragten der Evang. Landeskirche in Baden, wenden: <stefan.maass@ekiba.de>

Weitere Informationen:  
[https://www.ekiba.de/html/content/szenario\\_sicherheit\\_neu\\_denken.html](https://www.ekiba.de/html/content/szenario_sicherheit_neu_denken.html)

# Gewaltarme Politik denken, nicht Mythen mit Mythen bekämpfen

## Ein Beitrag im Vorfeld des pax christi-Kongresses „Gewaltfreie Zukunft?“

Heinz-Günther Stobbe

### I.

Am 25./26. 10. dieses Jahres wird die Deutsche Sektion von pax christi in Fulda einen Kongress zum Thema „Gewaltfreie Zukunft? Gewaltfreiheit konkret“ veranstalten (Einladung und Information unter „Termine und Hinweise“). Um die Arbeit in den zahlreichen geplanten Themengruppen nicht ganz zerfasern zu lassen, sollen sich diese an einem gemeinsamen Ordnungsrahmen orientieren. Als Grundlage dafür wird die Broschüre „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – Ein Szenario bis zum Jahr 2040“ dienen. Dessen Vorgeschichte reicht zurück bis 2011 und führte im Jahr 2013 zum Beschluss der evangelischen Landeskirche in Baden, im Rahmen des Prozesses „Kirche des Friedens werden“ als einen Schritt

der Konkretion „ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen“. 2014 wurde dafür eine Arbeitsgruppe gegründet, die von 2015 bis 2018 die genannte Publikation erstellte.

Erstmals hat sich eine Landeskirche an ein derartiges Vorhaben gewagt und auch das Ergebnis darf im christlich-kirchlichen Bereich als einzigartig bezeichnet werden. Allein schon deswegen verdient es auf jeden Fall Beachtung. Doch kam es weder der Landeskirche noch der Arbeitsgruppe in erster Linie darauf an, Bewunderung oder Beifall hervorzurufen. Von Absicht und Anlage her verfolgt die Broschüre das Ziel, „die Vision einer Welt ohne Militär, in der Konflikte gewaltfrei ausgetragen und gelöst werden, möglichst konkret darzustellen und

attraktiv zu machen. Das gleiche gilt für den Weg beziehungsweise den Prozess dorthin. Die „andere Welt“, die möglich ist, soll zudem möglichst knapp und anschaulich vorgestellt werden.“ (S. 15) Die Eigenschaften der Kürze, Attraktivität und Anschaulichkeit des Konzepts dienen dem eigentlichen Zweck der Publikation, nämlich eine möglichst breite Unterstützung zu mobilisieren, die „in ein zivilgesellschaftliches Bündnis in ganz Deutschland münden kann“ (S. 14; vgl. S. 20). Auf Deutschland konzentriert sich das Vorhaben zunächst, ohne den internationalen Kontext zu vergessen. Die konzeptionelle Beschränkung trägt vielmehr dem Tatbestand „Rechnung, dass zwischen den Staaten Souveränitätsrechte zu beachten sind und man nicht einfach anderen Staaten Rollen zuschreiben kann, ohne deren Entscheidungssouveränität zu missachten.“ (S. 20) Diesen Vorbehalt beachtend soll, dem Szenario zu Folge, Deutschland dennoch eine Vorreiterrolle spielen in einem Prozess, der letzten Endes darauf hinausläuft, die EU ebenso wie Deutschland in eine Zivilmacht umzuformen. Konsequenter gipfelt das Szenario mit dem Beschluss des Bundestages im Jahr 2035, die Bundeswehr vollständig in einen „rein zivilen Teil des (internationalen) Technischen Hilfswerks“ zu verwandeln. Der letzte Schritt

erfolgt im Jahr 2040, indem das Bundesministerium der Verteidigung in ein Ministerium für Zivile Krisenprävention umfunktionierte wird. Kurzum: „Deutschland hat seine Sicherheitspolitik komplett auf nachhaltige, zivile Sicherheitspolitik umgestellt.“ (S. 140)

Es ist entscheidend, sich bei der Lektüre beständig zu vergegenwärtigen, dass es sich mit dem Erreichen dieses Endpunkts um keine Prognose handelt, sondern um das Ziel einer Entwicklung, die nicht nur als wünschenswert, sondern auch als möglich erachtet wird, sofern diese von einem politisch hinreichenden Teil der Bevölkerung getragen wird. Es geht daher ebenso wenig um eine Utopie, sondern um ein handlungsleitendes Szenario, das sich auf Tatsachen stützt und neben einzelnen Beiträgen vor allem auf den vierten Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung des Aktionsplanes „Zivile Krisenprävention. Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ stützt (vgl. S. 19). Trotzdem kann die Geschichte anders verlaufen, das Szenario beansprucht ja nicht, einen zwangsläufigen Ablauf zu beschreiben. Um das zu unterstreichen werden ihm zwei alternative Szenarien zur Seite gestellt: ein „Trendszenario“ sowie ein Negativszenario“ (vgl. Kap. 4 und 5), die allerdings deutlich kürzer ausfallen.

Die „Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie“ bildet einerseits das Ziel der politischen Transformation Deutschlands, andererseits einen von fünf „Pfeilern der Sicherheitspolitik“, die sich am kirchlichen Leitbild des gerechten Friedens orientiert. Die übrigen vier werden als „Gerechte Außenbeziehungen“, „Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten“, „Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur“ und „Resiliente Demokratie“ bezeichnet. Was sich hinter diesen Überschriften verbirgt, wird jeweils in mehreren Abschnitten dargelegt, die verschiedene Teilaspekte der Thematik betreffen. In die Schilderung des schrittweisen Umbaus der Sicherheitspolitik eingestreut finden sich zahlreiche Originalzitate und Fallbeispiele, Argumente und Erläuterungen, Kommentare und fiktive Berichte, sodass mitunter bei der Lektüre dieser Textmischung das bewusste Erinnern daran notwendig ist, ein Szenario zu lesen, keine historische Erzählung. Sein realistischer Anstrich soll einmal mehr die Überzeugung vermitteln, dass das angestrebte Ziel erreicht werden kann, wenn sich nur ausreichend viele Menschen gemeinsam auf den Weg machen. So dient wohl selbst noch die Form der Publikation der Ermutigung zum Aufbruch in jene Zukunft, die das Positivszenario beschwört.

## II.

Das Konzept „Sicherheit neu denken“ lädt ausdrücklich zur Zustimmung und zum Engagement ein, doch vom Ansatz her eigentlich zuerst zum Nachdenken. Dem Prozess, den es anstoßen will, wäre deshalb nicht gedient durch kritiklose Akzeptanz. Es kann nicht Aufgabe dieses Beitrags sein, die Diskussion während des geplanten Kongresses vorwegzunehmen und schon gar nicht, sie ersetzen zu wollen. Das Konzept enthält außerdem eine Fülle von Einzelheiten, und es fällt schwer einzuschätzen, welche Tragweite Kritik an diesem oder jenem Punkt hat. Von da her drängt es sich auf, das Nachdenken mit seinem Kerngedanken zu beginnen, das heißt, der Neuorientierung des Sicherheitsdenkens.

Was also meint der Ausdruck „zivile Sicherheitspolitik“? Die einfachste Antwort lautet: Zivile Sicherheitspolitik ist Sicherheitspolitik ohne Militär. Positiv gewendet bedeutet das: „Nachhaltige Sicherheitspolitik beruht auf einer Friedensethik, in der sich die Gedanken und Handlungen nicht nur auf die eigenen nationalen Interessen beziehen, sondern zugleich reflektieren, welche Folgen diese für die Menschen in anderen Ländern haben. Sicherheit besteht in dieser Perspektive (nur) als gemeinsame Sicherheit

aller Beteiligten.“ (S. 13) Natürlich muss jede Friedensethik, die diesen Namen verdient, das Blickfeld über die jeweiligen nationalen Interessen hinaus ausweiten, aber ob dies für Sicherheitspolitik in gleicher Weise und im gleichen Maße gilt, liegt keineswegs auf der Hand. Frieden ist schwer vorstellbar ohne Sicherheit, doch er umfasst - gerade aus christlicher Sicht - weit mehr als nur Sicherheit. Friedens- und Sicherheitspolitik überschneiden sich deshalb, sind jedoch nicht identisch. Sicherheitspolitik als wesentliche Aufgabe eines Staates soll, kurz formuliert, dessen Bürgerinnen und Bürger im Inneren wie nach Außen vor bestimmten Bedrohungen schützen und bestimmte Risiken oder Gefahren mindern. Dazu gehört innenpolitisch auch die Verbrechensbekämpfung, besonders, wenn sich Verbrechen gegen Leib und Leben von Menschen richten. Kann man in diesem Fall tatsächlich behaupten, Sicherheit für potentielle Opfer könne es nur geben, wenn bei der Verbrechensbekämpfung auch die Sicherheit der Verbrecher berücksichtigt wird? Das überzeugt kaum. Welche Interessen von Straftätern haben Staat, Polizei und Bürger\*innen in Rechnung zu stellen? Das Interesse, nicht gefasst zu werden, zählt dazu gewiss ebenso wenig wie das Interesse, durch Vorsichtsmaßnahmen bei der Ausführung eines kriminellen

Vorhabens be- oder gehindert zu werden. Gibt es überhaupt ein gemeinsames Sicherheitsinteresse zwischen dem Staat, möglichen Opfern und Straftätern? Offenkundig nicht. Daran ändert sich auch nichts, wenn man bedenkt und ernstnimmt, dass sich die Motive von Straftätern dramatisch voneinander unterscheiden können. In einem Rechtsstaat können und dürfen Gerichte das bei der Entscheidung über das Strafmaß nicht ignorieren. Die Polizei hingegen hat für Sicherheit zu sorgen und dabei spielt die Rücksicht auf Motivlagen streng genommen keine Rolle. Sie hat gewiss auch die Rechte von Verbrechen zu achten, die ihrem Handeln gewisse Grenzen setzen. Dennoch, mit Blick auf den zentralen Punkt des Sicherheitsproblems, nämlich das Recht und das Interesse der Bürgerschaft, vor Verbrechen und Verbrechen geschützt zu werden, existiert keinerlei Schnittmenge zwischen Rechtsbrechern und ihren Opfern. Verhält es sich im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik von Staaten völlig anders? Genau das scheint „Sicherheit neu denken“ vorauszusetzen, und genau das bedarf der Prüfung und Klärung.

Nun ließe sich gegen die hier angedeuteten Bedenken einwenden, sie operierten mit einer zu eng gefassten Vorstellung von Sicherheit, die stillschweigend dem Staat das

Recht zuschreibt, gegen die Bedrohung von Leib und Leben gegebenenfalls Gewalt anzuwenden. Das ist nicht ganz falsch, doch sie laufen keineswegs auf die These hinaus, Verbrechensbekämpfung erschöpfe sich im Handeln von Polizei und Gerichten. Polizist\*innen und Richter\*innen wissen das meist besser als alle anderen. Sie stehen auf verlorenem Posten, wenn Staat und Gesellschaft dabei versagen, Verbrechen in möglichst umfassender Weise wirksam vorzubeugen. Niemand wird die überragende Bedeutung von Prävention in Abrede stellen. Aber es fällt auch niemandem ein, deswegen zu fordern, Polizei und Gerichte müssten zu Gunsten von Sozialpolitik, Sozialhilfe und Sozialarbeit abgeschafft werden. Auch „Sicherheit neu denken“ tut das nicht, im Gegenteil: Ausdrücklich erklären die Autor\*innen: „Neben der Umstellung der Sicherheitspolitik von militärischer auf nachhaltige zivile Sicherheitspolitik fungieren weiterhin Justiz und Polizei als Säulen der inneren Sicherheit.“ (S. 108) Und mehrfach ist von „UN-Polizeikräften“ die Rede (vgl. etwa S. 13 u. 14). Das Positivszenario sieht in diesem Zusammenhang den massiven Ausbau der deutschen Polizei für UN-Friedensmissionen vor (vgl. S. 67). Diesen Hinweisen kommt prinzipielle Bedeutung zu, denn sie beinhalten das Eingeständnis, dass Prävention nicht immer

funktioniert, weder national noch international. Es fällt dabei nicht ins Gewicht, ob dieses Versagen schuldhaft und vorwerfbar war oder andere Gründe hatte. Die Folge jedenfalls ist die Notwendigkeit des Eingreifens von Polizei und Justiz. Trotzdem beharrt das Autorenteam auf der „Ächtung von Krieg und Militär“ (S. 70). Weshalb?

Einen gewissen Aufschluss bezüglich der Antwort auf diese Frage gibt der Abschnitt über „Eine Polizeitruppe für die Vereinten Nationen“. Dort heißt es: „Neutrale, am Völkerrecht und an Polizeiaufgaben orientierte Polizeitruppen unter dem Kommando der jeweiligen regionalen Sicherheitsräte sollen in allen Fällen zwischenstaatlicher Konflikte und bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Schutz der unmittelbar betroffenen Menschen eingesetzt werden.“ (S. 70/71) Offenbar sollen sie auch über „Bewaffnung“ verfügen (vgl. 71) und ihre Waffen im Ernstfall wohl auch einsetzen dürfen. Es sieht so aus, als würden in Bezug auf die Ausübung von Gewalt die Unterschiede zwischen Militär und Polizei verschwimmen. Doch die Arbeitsgruppe erklärt: „Polizeiliche Zwangsausübung in diesem Sinne unterscheidet sich substantiell von der militärischen Gewalt.“ (ebda.) Die beiden angeführten Argumente allerdings stützen diese Behauptung

tung nicht. Zum einen wird gesagt, polizeilicher Zwang trage „viel stärker den Charakter schützender Gewalt“, zum anderen unterliege „polizeiliche Zwangsausübung im Unterschied zu militärischer Gewalt ziviljuristischer Kontrolle.“ (ebda.) „Viel stärker“ – das macht einen graduellen, keinen substantiellen Unterschied, und zivilgesellschaftliche Kontrolle des Militärs gibt es in manchen Staaten bei schwerwiegenden Vergehen durchaus, das grundsätzlich verpflichtet ist, Völkerrecht und Menschenrechte zu achten. Der geläufige Begriff des Kriegsverbrechens würde ja sonst jeder Grundlage entbehren. Man kann das geltende Kriegsvölkerrecht für mangelhaft und löcherig halten, doch es existiert, und darum stellt auch der Krieg keinen rechtfreien Raum und das im Einsatz befindliche Militär keine Gruppe außerhalb von Recht und Gesetz dar. Zwar sind aus guten Gründen der Polizei bei der Ausübung von Gewalt in aller Regel sehr viel engere Grenzen gesetzt als dem Militär, doch erheblich wichtiger ist, dass im Falle von Kriegsverbrechen die Rechtsdurchsetzung ungleich schwieriger ist als bei Vergehen der Polizei. Im Übrigen bedarf es auch bei schützender Gewalt moralischer und völkerrechtlicher Kriterien, die festlegen, was erlaubt und was verboten ist. Das hat dann auch Konsequenzen für die Art der Bewaffnung: Mit

welchen Mitteln darf bekämpft werden, wer Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen begeht? Was tun, wenn es um verbrecherische Regierungen geht, denen alle militärischen Mittel zur Verfügung stehen?

Es wäre falsch und unredlich, sich auf derartige Extremfälle zu fixieren, um den Wert des Konzepts ziviler Sicherheitspolitik allein von da her zu beurteilen. Aber gerade in Deutschland ist es auch nicht statthaft, von ihnen abzusehen. In diesem Zusammenhang gibt der Abschnitt mit dem Titel „Ziviler Widerstand kann Völkermord verhindern“ besonders zu denken.

### III.

Der gesamte Text des Positivszenarios ist von der Überzeugung durchdrungen und getragen, Gewalt als Mittel der Konfliktlösung sei moralisch zumindest fragwürdig und eher verwerflich als zulässig, nicht zuletzt aber löse sie kein einziges Problem, sondern schaffe meist nur neue. Das gelte selbstredend für jeden Krieg, aber auch für so genannte humanitäre Interventionen. Darauf basiert die uneingeschränkte Ablehnung jeglicher Form militärischer Gewalt und das Ziel einer umfassenden Konversion des Militärs in Polizeitruppen und zivile Friedenskräfte. Zum Nachweis

stellt die Arbeitsgruppe Erfolgsgeschichten zivilen Widerstands dem Ergebnis einiger Studien zum Misslingen militärischer Einsätze gegenüber mit der Absicht der „Entzauberung vom Mythos der Wirksamkeit von Gewalt“ – so der Titel eines eigenen Abschnitts (vgl. S. 110-17). Die positive Seite dieser Sichtweise wird verdichtet zu der ausführlich erläuterten These, ziviler Widerstand könne Völkermord verhindern (vgl. S. 128-131).

Nun braucht wahrlich nicht eigens betont zu werden, dass die erwähnten Beispiele von Aktionen zum Schutz der verfolgten und von der Gefahr ihrer Ermordung bedrohten Juden ausnahmslos höchste Bewunderung verdienen. Ihr meist staunenswerter Heldenmut hat viele Menschenleben gerettet, und die Fallbeispiele beweisen in der Tat, wie es zu Recht heißt, „die reale Möglichkeit zivilen Widerstandes im Dritten Reich.“ (S. 130). Was sie allerdings eben nicht beweisen, das ist die zentrale These, der Völkermord hätte durch zivilen Widerstand verhindert werden können, Martin Buber hat in seiner Erwiderung auf Gandhi dazu mindestens Bedenkenswertes geschrieben, allerdings zeigen sich die Autor\*innen an Gegenstimmen insgesamt nur mäßig interessiert, und wenn doch, dann wird ihre Position nicht selten arg verein-

facht. Davon abgesehen stellt sich die Frage, ob denn stattdessen der Krieg der Alliierten den Holocaust verhindert hat? Die Antwort ist leider nur zu gut bekannt. Im Text wird sie in der Form eines Zitats gegeben: „Der Krieg hat tatsächlich den Völkermord nicht aufgehalten. Im Schatten des Krieges wurden 6 Millionen Juden umgebracht.“ (S. 128) Dieses Argument mutet, um es gelinde auszudrücken, einigermmaßen schräg an. Dass das millionenfache Morden „im Schatten des Krieges“ stattfand und ohne ihn nicht hätte stattfinden können, ist beinahe ein Allgemeinplatz, wobei es offenbar nötig ist zu erwähnen, dass dieser Krieg von den Nazis angezettelt worden war. Weder die Briten noch die übrigen westlichen Alliierten erklärten Deutschland den Krieg, um die Juden zu retten, zumal 1939 beim Überfall auf Polen nicht einmal die Nazis selbst schon wussten, dass und wie sie den Massenmord an den Juden ausführen würden. Als die politische und militärische Führung der Alliierten im Verlauf des Krieges von den einzigartigen Gräueltaten der Nazis erfuhren, kamen sie zu dem Schluss, die Nazis zu besiegen, sei der sicherte Weg, mit dem Krieg auch das Morden zu beenden. Sie verwarfen deshalb Vorschläge, die Schienenwege zu den Vernichtungslagern, die Lager oder die Gaskammern zu bom-

bardieren. Ob diese Entscheidung richtig oder fatal war, weil solche Luftangriffe die Mordmaschinerie hätten verlangsamten, zeitweise vielleicht sogar lahmlegen können, wird bis heute in der Geschichtswissenschaft und in Israel heiß diskutiert. Vermutlich wird das für immer strittig bleiben. Aber zivilen Widerstand als wirksame Alternative zu militärischer Gewaltanwendung zieht praktisch niemand ernsthaft in Betracht, und immerhin steht außer Zweifel, dass es die vorrückende Rote Armee war, welche die SS veranlasste, die Vernichtungslager im Osten aufzugeben und amerikanische sowie britische Truppen es waren, welche die Konzentrationslager im Westen befreiten. Durch den zivilen Widerstand gegen Verhaftungen und Deportationen konnten Zehntausende Juden überleben, das ist wahr, aber ebenso wahr ist: Gemessen an den unfassbaren sechs Millionen Ermordeten war auch das eine verzeifelt geringe Anzahl. Erfolg oder Misserfolg zivilen Widerstands hing von zahlreichen Voraussetzungen ab, die zu erforschen wichtig und lohnenswert ist. In anderen Fällen wie in Bosnien oder in Kambodscha verhält es sich nicht anders. Der Text zitiert -eindeutig zustimmend - den UN-Beauftragten für den Sudan, der mit Blick auf Ruanda ganz allgemein behauptet, militärische Interventionen von außen kämen

„immer zu spät, um einen Völkermord aufzuhalten.“ Doch in Ruanda gab es in Wahrheit weder eine Intervention, noch kam das Militär zu spät, denn es befand sich bereits eine UN-Friedenstruppe (UNAMIR) im Land, als der Völkermord organisiert wurde. Deren Mannschaftsstärke betrug 2500 überwiegend schlecht ausgebildete Soldaten ohne nennenswerte Ausrüstung, zeitweise sogar ohne Verpflegung, obwohl ihr Oberbefehlshaber, der kanadische Generalmajor Dallaire, 22 000 Mann für notwendig erklärt hatte. Ihr Mandat schloss den Schutz von Zivilisten ausdrücklich aus. Im Schicksalsjahr 1994 bemühte sich Dallaire um eine Ausweitung des Mandats und eine Aufstockung der UN-Truppe auf wenigstens 5 500 Soldaten, monatelang vergebens. Nachdem sich das Abschlachten der Tutsi-Bevölkerung bereits seinem Ende zuneigte, beschloss der Sicherheitsrat schließlich, weitere Soldaten in Ruanda zu stationieren, nicht aber – absurderweise – die Bereitstellung von Truppen. Der Massenmord war möglich, nicht weil die Soldaten der UN zu spät kamen, sondern auf Grund des jämmerlichen Versagens der UN in New York, für das sich der spätere UN-Generalsekretär Kofi Annan später nachdrücklich entschuldigte. Dafür verantwortlich zeichnet vor allem eine hochgradig zynische und von

Gleichgültigkeit geprägte Politik der USA, Großbritanniens und – in besonderem Maße – Frankreichs, das sich selbst danach offiziell von jeder Mitschuld freisprach. Der Ruanda-Bericht der Organisation für afrikanische Einheit aus dem Jahr 2000 trug den Titel „Der vermeidbare Völkermord“. Die OAU wusste, wovon sie sprach, denn sie hatte 1994 die Entsendung afrikanischer Truppen nach Ruanda angeboten, nur fand sich kein Staat bereit, Transportflugzeuge bereit zu stellen. Generalmajor Dallaire erkrankte wegen seiner Erfahrungen in Ruanda an schweren Depressionen und wurde nach mehreren Selbstmordversuchen vorzeitig aus dem Dienst in der Armee entlassen.

#### IV.

Das Konzept „Sicherheit neu denken“ stellt ein inspirierendes Szenario einer denkbaren Zukunft deutscher Sicherheitspolitik mit einer Vielzahl von Einzelinitiativen vor. Es kann und wird hoffentlich den Kongress von pax christi intensiv beschäftigen und voranbringen. Aber es wäre weder für die angestrebte öffentliche und politische und kirchliche Akzeptanz des Konzepts hilfreich, noch mit Blick auf das Gesamtthema des Kongresses erkenntnisfördernd, würde er sich dazu verleiten lassen, den Mythos von der Wirksamkeit der Gewalt durch einen Mythos von der Gewaltfreiheit als Allheilmittel zu ersetzen.

---

*Prof. i.R. Dr. Heinz-Günther Stobbe ist seit langem Mitglied von pax christi, früher einmal in der Ostkommission tätig, derzeit im neu gegründeten Wissenschaftlichen Beirat. Außerdem gehörte er zur Deutschen Kommission Justitia et Pax (die nach dem Ende ihrer Amtsperiode jetzt neu konstituiert werden muss) und dort verantwortlich für den Sachbereich Frieden sowie Leiter der AG Gerechter Friede. Im Augenblick ist sein Schwerpunkt die Problematik der nuklearen Abschreckung.*

---

## Politisch werden!

Kathrin Vogler

*Der große Pazifist Carl von Ossietzky forderte einst, der Pazifismus müsse politisch werden und nur politisch. Das Szenario „Sicherheit neu denken“ ist ein Versuch, pazifistische Überzeugungen politisch durchzudeklinieren. Die Verfasser stellen fest: Die militärische „Sicherheitspolitik“ führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern provoziert immer neue Konflikte und kriegerische Konfrontationen und muss überwunden werden.*

Die Idee, einen Prozess zu entwerfen, der Schritt für Schritt in klar umrissenen Zeiträumen die strukturellen und politischen Veränderungen nachvollzieht, die notwendig sind und logisch aufeinander aufbauen könnten, um eine zivile, gewaltfreie und kooperative internationale Sicherheitspolitik zu entwickeln, ist ebenso fesselnd wie motivierend: Wie könnte die Maxime „Frieden schaffen ohne Waffen“ verwirklicht werden? Mein erster Gedanke, als ich das von der Evangelischen Landeskirche in Baden initiierte Szenario las, war: Ja, ein solcher Plan zu einem solchen Ziel, ist ein notwendiger Ansatz, um einen Schritt weiter zu gehen und das weiterzuentwickeln und zu vernetzen, was in vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen zu Themen wie Friedens- und Abrüstungspolitik,

zivile Konfliktbearbeitung, Ökologie, Klimaschutz, Demokratie und nachhaltige und gerechte Entwicklung analysiert, entwickelt und gefordert wird. Dieses Potenzial und mehr davon wird gebraucht werden, Multiplikator\*innen, die für einen alternativen Politikentwurf werben und gesellschaftsverändernde Mehrheiten schaffen für die Erkenntnis, dass Krieg keine Option der Außenpolitik ist, sondern Ausdruck ihres Versagens. Hanne-Margret Birckenbach formuliert es positiv: „Frieden zu schaffen heißt, Beziehungen zu ermöglichen, in denen Gewalt unwahrscheinlich wird, weil Kooperation gelingt.“ Kooperation statt Konfrontation, das war ein Leitthema gegen Ende des Kalten Krieges, als der Erfolg internationaler Politik daran gemessen wurde, wie umfassend und glaubwürdig die Abrüstungs-

und Kompromissbereitschaft ihrer Repräsentant\*innen war.

### Exkurs: Frieden - von der Utopie zur Notwendigkeit

1987 veröffentlichte die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) eine Broschüre mit dem Titel „Pazifismus. Von der Utopie zur Notwendigkeit“. Damit stellte sie die Frage, wie die damalige Blockkonfrontation, die atomare Hochrüstung, die globale soziale Ungerechtigkeit überwunden werden können, und wie wir eine friedliche und gerechte Welt schaffen können. Es war überdeutlich geworden, dass die aufgehäuften Zerstörungspotenziale der gegnerischen Militärbündnisse keine Lösung für die drängenden globalen Fragen der Umweltzerstörung und der Ungerechtigkeit sein konnten, sondern ihrer Lösung entgegenstanden. Michael Gorbatschow propagierte die Idee des gemeinsamen Hauses Europa und die christlichen Kirchen machten sich auf den Weg für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Ab Ende der 80er Jahre, mit der Überwindung des Ost-West-Konfliktes, der die Menschheit permanent am Rande der Weltvernichtung gehalten hatte, öffnete sich ein kurzes Zeitfenster und plötzlich

stand die Frage im Raum: Ist das Militär eigentlich noch nötig?

*„Allenthalben, berichten Kommandeure, fragen Wehrpflichtige der Bundeswehr nach dem Sinn ihres Treibens: „Was soll der Quatsch noch? Wozu machen wir das eigentlich?“ Die Antwort sollte eine Anzeigenkampagne geben. Der Slogan: „Überflüssig zu werden ist unser höchstes Ziel.“ Der Vorschlag der Agentur wurde vom Verteidigungsminister verworfen. Aber die Fragen lassen sich nicht beiseite wischen. Die Armeen hüben und drüben haben ihre Feindbilder verloren, das künstlich erzeugte Bedrohungsgefühl schmilzt nach Öffnung der Grenzen wie Eis an der Sonne. Hat sich die Nato überlebt, seit der Warschauer Pakt sich auflöst? Kann die Bundesrepublik noch länger größtes Waffenlager in Europa bleiben? Sind die immensen Rüstungsausgaben den Bürgern noch zumutbar, wenn die sich gar nicht mehr bedroht fühlen? Die Bundeswehr, prophezeite die Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann schon vor zwei Jahren, stehe vor „einem wachsenden Akzeptanzproblem“: „Zwischen den engagierten Meinungen eines beträchtlichen Teils der deutschen Bevölkerung und den Ansichten der verteidigungspolitischen Experten der Nato lässt sich eine Brücke kaum noch schlagen.“ (DER SPIEGEL, 05.03.1990)*

Aber dieses Zeitfenster schloss sich schnell - spätestens mit dem Golfkrieg 1991. Wir konnten beobachten, wie frustrierend schnell sich die ewig unbelehrbaren Sprengköpfe in den Machtzentralen in Washington, Paris, London und Bonn durchsetzen und ihre Existenzberechtigung neu erfanden. Mit euphemistischen Erzählungen vom Krieg als „humanitärem Akt“ und von Bombardements als „chirurgischen Schlägen“ sollte die als „kriegsfern“ und „friedensbeseelt“ beschimpfte Mehrheit der Bürger\*innen erneut von der Notwendigkeit einer militarisierten Außenpolitik überzeugt werden. Aber wir haben in dieser kurzen Zwischenzeit einen Eindruck davon bekommen, dass eine Abkehr von dieser „ultima ratio“ nicht völlig undenkbar ist.

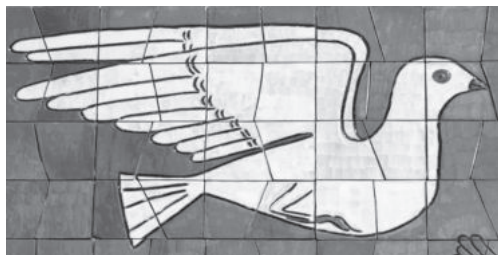
### Und wo stehen wir jetzt?

Von der kleinen Chance, die sich bot, als tradierte Feindbildkonstruktionen, Erstschlagsstrategien und Weltvernichtungsdrohungen sich kurzzeitig in Luft auflösten, sind wir inzwischen unfassbar weit entfernt: Die Bundeswehr befindet sich aktuell in 14 Auslandseinsätzen. Sie beteiligt sich aktiv am Aufmarsch von US- und NATO-Truppen entlang der osteuropäischen Grenze und an deren Großmanövern. Der Rüstungsetat der Bundesrepublik

beträgt schon jetzt 43,4 Mrd. Euro und wird, wenn er auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anwachsen sollte, im Jahr 2024 zwischen 74 und 85 Mrd. Euro betragen. Demgegenüber liegt der Etat für die Entwicklungszusammenarbeit aktuell bei 10 Mrd. Euro, der Umweltaetat bei 2,3 Mrd. Euro und das Budget des Auswärtigen Amtes für humanitäre Hilfe hängt bei 1,5 Mrd. Euro fest. Deutschland steht seit fünf Jahren auf Platz vier unter den weltgrößten Rüstungsexporturen. Für die zivile Krisenprävention stehen beschämende 55 Mio. Euro zur Verfügung.

Die selbst ernannte Friedensmacht EU ist mit der ständigen strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) und dem Europäischen Verteidigungsfonds zu einer waffenstarrten Festung geworden, mit Schießscharten in Richtung Süden und einem Panzerstraßenprogramm gegen Russland. Die „Europäische Friedensfaszilität“ verfügt über einen eigenen Finanzrahmen in Höhe von jährlich 10,5 Mrd. Euro; ihr Zweck ist „die Finanzierung gemeinsamer militärischer Missionen und Operationen der EU mit afrikanischen Ländern im Rahmen der ‚Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik‘“. Immer mehr EU-Kapazitäten werden in den Bereich des militärischen „Capacity Building“ verlagert und in die gewaltsame

Flüchtlingsabwehr. Die Ertrunkenen im Mittelmeer sind Opfer einer zynischen Abschreckungspolitik, die sich zur Abwehr von Einwanderung und zur Abschottung gegen Kriegs-, Klima- und Wirtschaftsflüchtlinge mit den übelsten Menschenrechtsverletzern verbrüdert, sie auf- und ausrüstet und deren so genannte Sicherheitskräfte ausbildet.



Und jetzt stehen auch noch die von der internationalen Friedensbewegung mühsam errungenen Verträge zur Atomwaffenbegrenzung vor dem Aus. Die USA und Russland haben Anfang des Jahres den INF-Vertrag gekündigt, jenen Vertrag, der im Dezember 1987 erstmals nicht nur zu einer Rüstungsbegrenzung, sondern zum Abbau und zur Verschrottung der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa führte. Es hätte ein erster Schritt sein können, die nuklearen Arsenale weltweit abzubauen. Aber auch diese Chance wurde vertan: Die neun Atomwaffenstaaten, China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Israel, Nordkorea, Pakistan, Russland und

die USA verfügen insgesamt über knapp 15.000 Atomsprengköpfe (SIPRI Yearbook 2018), 150 davon sind im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ in den NATO-Ländern Belgien, Deutschland, Niederlande, Italien und Türkei stationiert. Der Trend geht hin zur Modernisierung und Aufstockung dieser Arsenale, die atomare Abschreckung findet sogar in Deutschland wieder ihre Apologeten, und mit dem Ende des INF-Vertrages droht nun die Stationierung von mehr und neuen Atomwaffen in Ost- und Westeuropa.

Weltweit gab es im Jahr 2018, so der Bericht des Heidelberger Instituts für internationale Konfliktforschung (HIK), 213 gewaltsam ausgetragene Konflikte; allein im Nahen Osten und in Nordafrika verortet das Institut neun Kriege, drei mehr als noch im Vorjahr. Die Region ist die einzige, in der die Anzahl der Kriege zunahm und dort befindet sich auch das Epizentrum der US-amerikanischen und europäischen militärisch exekutierten Geopolitik.

Allein in dieser Situation ein Szenario in die Welt zu setzen, das friedenslogisch Weg und Ziel einer Exit-Strategie hin zu einer zivilen Sicherheitspolitik beschreibt, ist mutig und aufrüttelnd. Die Autoren des Szenarios „Sicherheit neu denken“ konstatieren: „Europa

vor der Wahl: Militarisierung oder Zivilisierung der Sicherheitspolitik“ und sie geben uns 20 Jahre Zeit, eine Strategie zu verwirklichen, mit der es gelingt, „das Zeitalter der Massengewalt endgültig zu beenden“ (Kurt Hiller). Sie schlagen vor, dass die Bundesrepublik Deutschland, gemeinsam mit Österreich, den Niederlanden und Schweden seine militärische Außenpolitik durch eine konstruktive und nachhaltige zivile Politik ersetzt, die auf fünf Säulen basiert: 1. Gestaltung ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechte Außenbeziehungen; 2. nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten (Förderung wirtschaftlicher Perspektiven und staatlicher Sicherheit östlich und südlich der EU); 3. Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur (Deutschland als Mitglied der EU, der OSZE, der NATO und der UNO); 4. resiliente Demokratie und 5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie.

Ist das wirklich utopisch? Ich meine, nein. Das Konzept konkretisiert ein alternatives Wertesystem, das uns aus Theorie und Praxis der Friedensarbeit gut bekannt ist, weil es positive Schlussfolgerungen aus der herrschenden Unsicherheitspolitik ableitet, die ethisch zwingend sind und politisch praktikabel wären, wenn die in den jetzt noch dominierenden politischen Diskursen kaum

noch hinterfragten Deutungen und Sinnzuschreibungen (Sicherheit, Macht, Wohlstand etc.) zur Disposition gestellt würden. Wie überwinden wir den Konjunktiv?

### **Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein? (Brecht)**

Es bleibt die Frage nach den Machtverhältnissen. Auch dafür liefert das Szenario einen Plan: Zunächst beschäftigt sich die Zivilgesellschaft intensiv mit dem alternativen Entwurf und trägt ihn dann in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis in den Bundestagswahlkampf ab Mitte 2020. Da sind dann alle gefordert, das Angebot anzunehmen und darüber abzustimmen, ob wir eine fortschreitende „Militarisierung oder Zivilisierung der Sicherheitspolitik“ wollen. Wie stehen unsere Chancen, eine zunächst gesellschaftliche und später auch politische Mehrheit zu generieren, die die herrschenden Machtverhältnisse in Frage stellt und die Perspektive einer zivilen Sicherheitspolitik nicht mehr in das Reich der Utopie verbannt, sondern als notwendigen und grundsätzlichen Richtungswechsel in der internationalen Politik versteht?

Auch wenn wir bisher immer erleben mussten, dass gerade in Frie-



densfragen die Mehrheitsparteien im deutschen Bundestag keinerlei Anstalten machen, die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung zur Grundlage ihrer Politik zu machen, ist die Chance auf Veränderung größer als null. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten systematisch Konzepte der zivilen Konfliktbearbeitung und des zivilen Peacekeeping erarbeitet und in hunderten Einsätzen in der Praxis erfolgreich umgesetzt und weiterentwickelt. Es formieren sich neue Bewegungen für Demokratie, Menschenrechte, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, wie das große themenbreite Bündnis „Unteilbar“, dem es letzten Herbst gelungen ist, für „Solidarität statt Ausgrenzung“ eine Viertelmillion Menschen auf die Straßen Berlins zu bringen; die vielen Seenotrettungs-, Antirassismus- und Flüchtlingsinitiativen, Mieter\*innen- und Bessere-Pflege-Bündnisse oder die „Fridays for Future“-Aktionen, um nur einige zu nennen. Ebenso bemerkenswert ist die Resonanz auf die Arbeit der Friedensbewegung: „Abrüsten statt aufrüsten“ hat aktuell bereits 140.000 Unterschriften gegen das eskalierende Ansteigen der Rüstungsausgaben gesammelt; die „Aktion Aufschrei“ verstärkt mit ihrer Arbeit weiter den Druck auf die Bundesregierung, was die Produktion und den Export von Waffen und Militärgerät betrifft; „Krieg beginnt

hier“ und „Stopp Air Base Ramstein“ schüren das Problembewusstsein für die zentrale Rolle, die Ramstein in der NATO-Kriegsführung und in den völkerrechtswidrigen weltweiten Drohnenangriffen spielt; der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) ist es gelungen, in der UNO den Atomwaffenverbotsvertrag durchzusetzen, der bis Anfang März 2019 von 70 Staaten unterzeichnet worden ist - 20 Staaten haben den Vertrag bereits ratifiziert und 90 Tage nach der 50. Ratifizierung wird er in Kraft treten. Um für den Beitritt zu werben, wurde Anfang des Jahres ein internationaler Städteappell initiiert, mit dem Städte in aller Welt ihre Regierungen auffordern können, dem Verbotsvertrag beizutreten. Seit Anfang Februar haben auch bereits sieben deutsche Städte diesen Appell unterzeichnet, um den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag herbeizuführen. In Büchel, dem derzeit einzigen deutschen Standort von Atomwaffen, der zudem im Rahmen der nuklearen Teilhabe von Jagdbombern der Bundeswehr betrieben wird, hat gerade, am 26. März, die jährliche Aktionspräsenz „20 Wochen gegen 20 Atombomben“ begonnen, die bis zu den Gedenktagen für die Atombombenopfer in Hiroshima und Nagasaki, am 6. bzw. 9. August, dauern wird.

Wiederbelebte und neue Initiativen, Bündnisse und Protestformen, immer effizientere Informations- und Kommunikationsstrukturen, all dies zeigt, dass wir gut aufgestellt sind, um die Zivilisierung der Sicherheitspolitik voranzutreiben. Vielleicht kommt das Szenario „Sicherheit neu denken“ als Exit-Strategie deshalb genau zum richtigen Zeitpunkt. Auch wenn es sicherlich unterschiedliche Bewertungen gibt, was die im Szenario angebotenen konkreten Umsetzungen, die Zeitabläufe oder die Prioritätensetzungen betrifft (z.B. Der Austritt Deutschlands aus der NATO, Rolle der UNO, welche Staatenbündnisse brauchen wir usw.): wenn wir so weit gekommen sind, dass wir uns hierüber streiten

dürfen, haben wir schon ein wichtiges Etappenziel erreicht. Ob wir alle diejenigen, die in den verkrusteten Denkstrukturen von Aufrüstung und Konfrontationspolitik gefangen sind, überzeugen können, sei dahingestellt. Aber wenn es uns gemeinsam gelingt, eine Ethik des Friedens und der Gerechtigkeit als normatives Handlungskonzept in der Politik und in der Gesellschaft zu verankern, werden sie eine Minderheit ohne Macht sein, denn: „Sobald der Geist der Ausbeutung besiegt ist, wird man Aufrüstung als eine ganz unerträgliche Last empfinden. Zu wirklicher Abrüstung kann es erst kommen, wenn die Völker der Welt aufhören, sich gegenseitig auszubeuten.“ (Mahatma Gandhi)

---

*Kathrin Vogler ist friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Obfrau im Unterausschuss „Zivile Krisenprävention“. Sie ist seit den 1970er Jahren aktiv in der Friedensbewegung, war Geschäftsführerin der DFG-VK in NRW sowie auf Bundesebene. Danach arbeitete sie als Geschäftsführerin beim Bund für Soziale Verteidigung (BSV) und ist seit 2009 Mitglied des Bundestages. Weitere Informationen: [www.kathrin-vogler.de](http://www.kathrin-vogler.de).*

---

# Was bedroht unsere Sicherheit?

Otmar Steinbicker

*Der Anstoß „Sicherheit neu denken“ der Badischen Landeskirche zielt auf eine dringend notwendige gesellschaftliche Grundsatzdebatte.*

Diese sollte aus meiner Sicht bereits beim Begriff „Sicherheit“ ansetzen. Mehr und mehr wird „Sicherheitspolitik“ als ein euphemistisches

Synonym für „Militärpolitik“ verwendet und „Sicherheit“ zunehmend auf einen militärischen Faktor reduziert. Zugleich werden andere Aspekte von Militär wie Rüstung, Rüstungsinteressen und Konzerninteressen an Rüstungsprofiten weitgehend ausge-

blendet. Da ist der Sprachgebrauch in der politischen Debatte in den letzten Jahren arg abgedriftet.

Aber kann Militär überhaupt Sicherheit schaffen oder wird Militär zunehmend zu einer Bedrohung der Sicherheit? Betrachten wir einige

ernsthafte Bedrohungen unserer Sicherheit.

## Bedrohung der Sicherheit: Atomkrieg

Anfang der 1980er Jahre hatten viele Menschen in Europa und vor allem in Deutschland (der Bundesrepublik und der DDR) Angst vor einem Atomkrieg angesichts der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen durch die USA und die UdSSR. Diese Angst war mehr als berechtigt. Erst kürzlich wurden durch die US-Regierung Dokumente freigegeben, die belegen, wie nahe wir an einem konkreten Kriegsausbruch waren, da die UdSSR nachvollziehbar von ernsthaften atomaren Angriffsabsichten der USA ausging.

Die Aufkündigung des INF-Vertrages durch die USA und Russland bringt die Gefahr eines atomaren Schlagabtausches in Europa

zurück. Noch sind keine neuen atomaren Mittelstreckenraketen in West- und Mitteleuropa stationiert, aber schon plädiert der polnische Außenminister für eine solche Stationierung und die deutsche Verteidigungsministerin und andere Politiker wollen sie nicht ausschließen. Es ist eine seltsame Logik, die hinter einer solchen Haltung steht. Einerseits fürchten diese Politiker die Unwägbarkeit russischer Politik und wollen sich mit Atomwaffen dagegen wappnen, andererseits setzt genau diese Haltung ein grenzenloses Vertrauen in die Unfehlbarkeit russischer Computertechnik voraus. Schließlich gab es vor 1987 auf beiden Seiten spektakuläre Fehlalarme, bei denen die Computersysteme den Anflug feindlicher Atomraketen meldeten. Dass es nicht zum „Gegenschlag“ aus Irrtum kam, verdanken wir den jeweils verantwortlichen Handelnden und auch einem Quentchen Glück.

Als 1987 die USA und die UdSSR im INF-Vertrag vereinbarten, ihre jeweiligen landgestützten Atomwaffen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometer zu verschrotten, wurde unser Land und ganz Europa erheblich sicherer. Diese Sicherheit steht jetzt zur Disposition! Allerdings geht es längst nicht mehr nur um den INF-Vertrag. Es geht seit geraumer Zeit um die Gesamtproblematik der Atomwaf-

fen. Nachdem George W. Bush 2002 den ABM-Vertrag kündigte, der die Aufstellung von Raketenabwehrsystemen bis auf 100 Raketen auf jeder Seite verbot, ist das Vertragssystem zur atomaren Rüstungskontrolle weitgehend zusammengebrochen. Heute hängt der letzte dieser Verträge, der „New Start“-Vertrag, der die Zahl der Atomsprengköpfe auf beiden Seiten auf jeweils 1550 begrenzt, am seidenen Faden. Dieser Vertrag läuft 2021 aus. Er bedarf keiner Kündigung. Danach ist erstmals seit der Kubakrise 1962 wieder der Weg frei für ein völlig unkontrolliertes atomares Wettrüsten.

Da mit der Atomwaffenmodernisierung der USA und Russlands absehbar eine Verkürzung der Vorwarnzeiten im Falle eines Angriffs erfolgen wird, kommt der Weiterentwicklung Computertechnik für Warnung, Alarm und Auslösung eines Gegenschlages eine zentrale Rolle zu. Tendenziell wird das – wie in anderen Bereichen – in Richtung auf autonome Waffen hinauslaufen, das heißt, Die Software dieser Waffen, entscheidet selbständig, was zu tun ist. In kleinen Bereichen wurden solche autonomen Waffen bereits auf dem syrischen Kriegsschauplatz getestet. Im Bereich der Atomwaffen wird irgendwann ein Szenario denkbar, in denen Computer über einen „Gegenschlag“ und damit über die Weiterexistenz



oder Vernichtung der Menschheit entscheiden können.

### **Bedrohung der Sicherheit: Hochrüstung und Rüstungsexport**

Bei der Begründung von Rüstungsausgaben in der NATO ist seit Jahren auffällig, dass im Unterschied zu Zeiten des Kalten Krieges kein Bedrohungsszenario mehr entwickelt wird, wonach uns ein „Feind“ mit konkreten Mitteln bedroht und wir uns daher zur Abwehr dieser Bedrohung mit konkreten Mitteln rüsten müssten. Ein solches Szenario könnte man kritisch auf Stimmigkeit abklopfen und womöglich widerlegen. Stattdessen wird unabhängig von irgendwelchen realen oder unrealen Bedrohungsszenarien ein Ausgabenziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts festgelegt.

Bemerkenswert ist auch der Hinweis im Weißbuch der Bundeswehr von 2016 und weiteren Dokumenten, dass für die Entwicklung neuer Rüstungsprojekte ein Rüstungsexport aus wirtschaftlichen Gründen zwingend notwendig sei, da diese Projekte ansonsten nicht zu finanzieren seien.

Der Rüstungsexport befeuert jedoch bestehende und sich entwickelnde Konflikte. Die Folgen sind

in Menschenleben und auch in Flüchtlingszahlen zu berechnen. Diese werden aber in die „Wirtschaftlichkeitsberechnung“ nicht mit einbezogen.

### **Bedrohung der Sicherheit: großer konventioneller Krieg**

Ein großer, raumgreifender Krieg in Europa würde heute zum Untergang der europäischen Zivilisation führen, selbst dann wenn es gelänge, ihn auf eine konventionelle Kriegführung zu begrenzen. Diese Aussage war bereits die sicherheitspolitische Grunderkenntnis in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in Ost und West. Damals hatten Militärs auf beiden Seiten erkannt, dass ein Krieg in Zentraleuropa zwischen den beiden Blöcken nicht mehr führbar war, weil es keine Sieger mehr gegeben hätte – und zwar sowohl mit als auch ohne Atomwaffen. Dieser Erkenntnis lag vor allem die enorme Abhängigkeit von Elektroenergie zugrunde, die es in diesem Ausmaß 1945 noch nicht gegeben hatte. Die Stromversorgung war und ist mit den verfügbaren militärischen Mitteln gegenseitig relativ einfach auszuschalten.

Die Kriegsuntauglichkeit der europäischen Zivilisation für einen großen, raumgreifenden Krieg hat

sich seither noch zugespitzt - vor allem durch die deutlich gestiegene Abhängigkeit von Computertechnologie und dem Internet. Die Risiken sind insgesamt vielfältiger und unberechenbarer geworden. Das betrifft insbesondere die sensible Stabilität unserer Stromnetze: Ohne Elektroenergie kein Licht, kein Wasser, keine digitale Kommunikation, keine stabile gesundheitliche Versorgung, kein Bahntransport – letztlich der völlige Zusammenbruch der gesamten Zivilisation in allen von einem solchen Krieg betroffenen Ländern.

Von daher ist es eine existenzielle Aufgabe, alles zu tun, um Kriege zu verhindern.

Aus alledem wird deutlich, dass es heute für Deutschland und für alle europäischen Staaten einschließlich Russlands in einem großen, weiträumig geführten Krieg in Europa nicht mehr die Möglichkeit der Landesverteidigung gibt. Der Versuch einer solchen „Verteidigung“ würde vielmehr in der Vernichtung aller beteiligten Länder enden. Diese Erkenntnis führt die Sinnhaftigkeit von Militär zur Landesverteidigung ad absurdum.

Wenn der Krieg unter diesen Bedingungen kein Mittel zur Konfliktaustragung mehr sein kann, weil es keinen Sieger mehr geben

kann, dann müssen vorhandene und zukünftige zwischenstaatliche Konflikte, die es ja nach wie vor und auch später geben wird, zwingend anders ausgetragen werden als mit militärischen Mitteln.

In diesem Zusammenhang muss auch die NATO problematisiert werden und zwar nicht nur wegen ihres tagesaktuellen Verhaltens, sondern wegen ihrer grundsätzlichen Ausrichtung als System der kollektiven Verteidigung, das einem System der gegenseitigen kollektiven Sicherheit entgegensteht. Ein System der kollektiven Verteidigung definiert sich zwangsläufig über einen gemeinsamen Feind und es kriselt, wenn dieser Feind abhanden zu kommen droht. Weil, wenn es keinen „Feind“ mehr gibt, dann braucht es auch kein Bündnis gegen diesen Feind.

Wenn sich aber zwischenstaatliche Konflikte in Europa nicht mehr per Krieg lösen lassen, wie dann? Genau dafür benötigen wir ein System der gegenseitigen kollektiven Sicherheit, das im Grundsatz 1917 vom damaligen US-Präsidenten Woodrow Wilson entwickelt wurde, und zuerst im Völkerbund erprobt und später in der UNO weiterentwickelt wurde. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die auf diesem Prinzip basierte, trug entscheidend

zur Beendigung des Kalten Krieges bei. Ihre Nachfolgerin, die OSZE, ist damit die entscheidende Alternative zur NATO.

Unter der Bedingung, dass Krieg keine Lösung für politische Probleme mehr sein kann, kann es auch für die Friedensbewegung nicht mehr ausreichen, nur gegen den Krieg zu sein. Denn das allein bringt noch keine Lösung von Konflikten. Wenn die Friedensbewegung Frieden will, dann muss sie auch auf politische Lösungen orientieren können, die zum Frieden führen. Das sind neue Herausforderungen an den Pazifismus.

### **Bedrohung der Sicherheit: Kriege auf anderen Kontinenten**

Bei Kriegen der USA und/oder europäischer Mächte auf anderen Kontinenten geht es erfahrungsgemäß nicht um die Lösung der dortigen Konflikte. Weil die dortigen Konflikte nicht durch Kriege gelöst werden können, können die Kriege auch nicht von den großen Mächten gewonnen werden. Stattdessen werden Kriege, die zu keiner Lösung führen, auf unbestimmte Zeit weitergeführt und haben eventuell auch eine flächenmäßige Ausweitung zur Folge, wie das Beispiel des so genannten „Islamischen Staats“

zeigt. Kämpfer, die aus Irak und Syrien fliehen konnten, sind nach Libyen und in andere Staaten ausgewichen und sehen auch Europa als möglichen Kriegsschauplatz.

Bedauerlicherweise hat noch immer keine klare Analyse und Aufarbeitung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan stattgefunden, dessen Ende trotz derzeitigen Friedensgesprächen zwischen den USA und den Taliban bisher noch nicht wirklich absehbar ist. Eine gründliche und schonungslos-kritische Aufarbeitung des Afghanistaneinsatzes unter Mitwirkung auch der Friedensforschung dürfte nicht nur die Fehler der Kriegführung analysieren, sondern müsste auch die politischen Fehlentscheidungen und die diplomatischen Versäumnisse bei der Konfliktlösung in Afghanistan und der Region aufarbeiten.

Notwendig ist daher künftig vor allem eine strategische Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik auf Konfliktprävention, um Krisen bereits im Entstehungsprozess zu entschärfen und den militärischen Konfliktaustrag zu verhindern. Dabei darf Deutschland als Teil des Westens andere Weltgegenden nicht länger als Ziel militärischer Interventionen zur Durchsetzung „unserer Werte“ betrachten, sondern muss Staaten mit anderen Kulturen als gleichberechtigte

Partner mit eigenständigen Interessen und Werten betrachten. In der politischen Debatte hat sich die Aufteilung der politischen Akteure in der Welt in „Gut“ oder „Böse“ – mit teils zweifelhaften Kriterien und nicht selten zweierlei Maß – als Fehlschlag im Hinblick auf Konfliktlösungen erwiesen. Ein realistischer Blick auf politische und ökonomische Interessen der jeweiligen Akteure ist eher geeignet, Spielräume für Konfliktlösungen zu erkennen.

### **Bedrohung der Sicherheit: Klimawandel**

Wenn wir die ernsthaften Bedrohungen untersuchen, dann dürfte über die Gefahr einer militärischen Eskalation wie zu Zeiten des Kalten Krieges, der nur durch Deeskalation zu begegnen ist und der Cyberproblematik, der nur mit IT-Techniken zu begegnen ist, vor allem ein zentrales Thema im Raum stehen und das sind die absehbaren Folgen des Klimawandels. Dazu gibt es eine Vielfalt wichtiger Studien unterschiedlicher nationaler und internationaler Institute, Regierungsstellen und auch militärischer Einrichtungen.

So hat das Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr in Euskirchen 2014 eine solche Studie unter dem Titel „Globale Umwelt-

probleme als Sicherheitsrisiko“ erstellt. Sehr deutlich liegt hier die Perspektive auf durch den Klimawandel erzeugte Probleme, die regionale Konflikte verschärfen und die Migration auch nach Europa verstärken können. Von militärischen Maßnahmen oder einer Rolle, die die Bundeswehr bei diesem wichtigen Thema spielen könnte, ist in dieser Studie nicht die Rede!

Im Weißbuch der Bundeswehr 2016 wird der Klimawandel als Problem aufgezählt, tiefere Analysen oder Aussagen zur Rolle des Klimawandels für die künftige deutsche Verteidigungspolitik sucht man allerdings vergebens.

Für das Pentagon stellt sich die Problematik des Klimawandels sehr viel dramatischer, weil sie zugleich die eigenen Militärbasen betrifft. So heißt es in der Studie „Climate Change Adaptation Roadmap“ vom Juni 2014: „Unser erster Schritt bei der Planung für diese Herausforderungen besteht darin, die Auswirkungen des Klimawandels auf das Ministerium mit konkreten und spezifischen Messgrößen unter Verwendung der besten verfügbaren Wissenschaft zu identifizieren. Wir sind fast fertig mit einer Basisuntersuchung, um die Anfälligkeit der mehr als 7. 000 Stützpunkte, Anlagen und anderen Einrichtungen unseres Militärs zu beurteilen.“

An Orten wie der Region Hampton Roads in Virginia, die die größte Konzentration an US-Militärstandorten der Welt beherbergt, sehen wir heute immer wiederkehrende Überschwemmungen, und wir beginnen mit der Arbeit an einem prognostizierten Anstieg des Meeresspiegels von 1,5 Fuß (Anm.: ca. 45 Zentimeter, d.R.) in den nächsten 20 bis 50 Jahren.“

Wenn allein durch den zu erwartenden Anstieg des Meeresspiegels in den nächsten 20-50 Jahren rund 7000 Militäreinrichtungen der USA ausfallen, dann ist die Einsatzfähigkeit der US-Armee ernsthaft bedroht. Heute, fünf Jahre später und unter dem Eindruck des abschmelzenden Eises bei Grönland dürfte diese Einschätzung eher noch dramatischer ausfallen.

In einer aufwühlenden Rede Ende August 2015 verglich US-Außenminister John Kerry die Gefahr des Klimawandels für den Planeten mit jener, die 1940 von Hitler ausging. Damit machte er deutlich, dass ein

Problem in den Größenordnungen des Zweiten Weltkrieges auch mit einem vergleichbaren finanziellen Aufwand an Anstrengungen angegangen muss.

Wenn wir uns die Unwettererfahrungen der letzten Monate ansehen, dann wird auch klar, dass wir neben politischen Entscheidungen für eine nachhaltige Energiewende auch eine deutliche Aufstockung an qualifiziertem Personal beim Technischen Hilfswerk (THW) und bei den Rettungsdiensten benötigen. Solche Teams mit entsprechendem Gerät könnten wir auch gerne in Auslandseinsätze schicken, in andere Länder und Kontinente, die akut unter den Folgen des Klimawandels leiden.

### Fazit

Wenn wir den Bedrohungen unserer Sicherheit angemessen begegnen wollen, dann können wir uns Militär nicht mehr leisten!

---

*Otmar Steinbicker ist Herausgeber des Aachener Friedensmagazins [aixpaix.de](http://aixpaix.de), Redakteur der Zeitschrift „Friedensforum“ und Kolumnist der „Aachener Nachrichten“.*

---

# Religionen als Friedensstifterinnen

Norbert Mette

*„Auch wenn Religionen allgemein häufig als gewaltfördernd und als Konfliktursache wahrgenommen werden, haben sie doch ein enormes Friedenspotential, das nach wie vor zu wenig wahrgenommen wird.“ So heißt es in der Schrift „Sicherheit neu denken“ (S. 24).*

Beide Seiten von Religionen sind damit angesprochen: Auf der einen Seite die Tatsache, dass sie dafür in Anspruch genommen wurden und werden, um Gewalt und Kriege zu legitimieren, und dass sie nicht selten sogar den Anstoß dazu gegeben haben und geben. Auf der anderen Seite bildet in ihren Botschaften „Frieden“ (oder verwandte Begriffe) ein zentrales Element, verbunden mit der Verheißung, dass eine friedvolle Welt von Gott (oder dem dazu Korrespondierenden) gewollt ist und auch möglich wird, wenn die Menschen sich dafür einsetzen. Diesem zweiten Aspekt soll in einer gerafften Durchsicht der Weltreligionen nachgegangen werden.<sup>1</sup> Dabei

ist allerdings zu beachten, dass es in den einzelnen Religionen höchst unterschiedliche und teilweise kontrovers den Friedensgedanken vertretende Richtungen gibt.

## 1. Judentum

Am Anfang der Hebräischen Bibel findet sich das Bild eines friedlichen Zusammenlebens von Mensch, Fauna und Flora im Paradies, dem – nach der Vertreibung aus dem Paradies – die Geschichte vom Brudermord Kains an Abel folgt. Beide Seiten durchziehen die weitere Bibel. Einerseits zeigt sie sehr realistisch, wie es zwischen Menschen und Völkern immer wieder zu

<sup>1</sup> Vgl. zum Folgenden ausführlicher die Beiträge zur Einstellung zu Krieg und Frieden im jüdischen Kontext (von Walter Homolka), im islamischen Kontext (von Dirk Ansorge), im Kontext hinduistischer Traditionen (von Robert Zydenbos)

und im Kontext buddhistischer Traditionen (von Frank Usarski) im „Handbuch Friedensethik“ (hg. von Ines-Jacqueline Werkner u. Klaus Ebeling, Wiesbaden 2017).

Gewalttaten kommt. Andererseits lässt sie dieser Gewalt nicht das letzte Wort, sondern setzt auf ihre Überwindung. Das findet seinen Niederschlag im Gottesverständnis: Aus dem Bild Gottes als dem Herrn der Heerscharen entwickelt sich allmählich das Bild eines friedfertigen und gerechten Gottes. Komprimiert findet diese Entwicklung sich in der Elias-Geschichte in 1 Kön 18-19 nachgezeichnet: Aus Jahwe, der, von Elias beschworen, auf Karmel seine Überlegenheit über die anderen Götter erweist, wird der, der sich auf Horeb nicht in Sturm, Erdbeben und Feuer, sondern als „Stimme verschwebenden Schweigens“ (Martin Buber) zu dem geflohenen Propheten kommt. Das zeitigt Konsequenzen für das Zusammenleben. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür bietet Jes 11, 1-9: Rückblickend auf die gescheiterte Machtpolitik der Jerusalemer Könige, die zur Zerstörung dieser Hauptstadt durch die babylonische Weltmacht geführt hat, wird ein Programm einer umfassenden gesellschaftlichen Erneuerung vor Augen geführt: Die Verheißung einer neuen königlichen Gestalt, die sich für Gerechtigkeit und Solidarität einsetzt und Partei für die Hilflosen und Armen ergreift (V. 1-5), an die sich die Vision eines universalen Friedens zwischen Mensch, genauer: Kindern sowie Raub- und Haustieren anschließt (V. 6-8). Nach Erich Zenger hebt sie

programmatisch auf Machtverzicht und Respektierung des Lebensrechtes als obersten Prinzipien des Zusammenlebens ab.

Für diese Art der Beziehungen zu Gott, den Mitmenschen und der Mitwelt steht in der Hebräischen Bibel der Begriff „Schalom“. Nach Walter Homolka lässt er sich definieren „als dem göttlichen Friedenswillen entspringendes Heil- und Vollendetsein der Kreaturen und ihr friedvolles Zusammenwirken in einer auf Gottes Gesetzen gegründeten Lebensordnung (Ps 14; 15, 37-40; 34,15; 37,11)“ (a.a.O., 569). Er beinhaltet somit „einen Zustand allseitigen, umfassenden Wohlergehens, der Leben ermöglicht und fördert“ (ebd., 568), beginnend im Nahbereich bis hin zur Politik, Kultur und Natur. Engstens mit „Schalom“ verbunden ist die Gerechtigkeit (vgl. Ps 85,11; Jes 32,17). Beide beziehen sich nicht auf eine objektiv vorgegebene Ordnung, sondern auf eine Wirklichkeit, die erst noch zu schaffen bzw. zu verändern ist. Dazu gehört Mut, hebr. „Oz“ (vgl. Ps 29,11). Es handelt sich um eine mutige Entscheidung von Menschen, Frieden zu wagen und auf Gewalt und Krieg zu verzichten.

Trotz der Bedrängnisse und der brutalen Gewalttaten, denen das jüdische Volk im Laufe der Geschichte ausgesetzt war – Vorkommnisse,

vor denen sich seit seiner Gründung der moderne Staat Israel mit starker militärischer Aufrüstung zu wappnen bestrebt ist – , hat es immer wieder Personen gegeben, die aus ihrem jüdischen Glauben heraus diesen Mut aufgebracht und einen konsequenten Pazifismus vertreten haben.<sup>2</sup> Zu aktuell in Israel aktiven Friedensbewegungen, die sich für eine Friedenspolitik in Palästina einsetzen und dafür vom derzeitigen Mainstream in der dortigen Politik diskriminiert werden, zählen etwa die „Rabbis for Human Rights“ und „Schalom Achschaw“. In Europa ist 2002 die Föderation „European Jews for a Just Peace“ gegründet worden.

## 2. Christentum

„In Leben und Lehre Jesu Christi, in seinem Tod und seiner Auferstehung erkennen wir, dass Friede sowohl Verheißung als auch Gegenwart ist – eine Hoffnung für die Zukunft und ein Geschenk hier und jetzt. Jesus lehrte uns, unsere Feinde zu lieben, für unsere Verfolger zu beten und keine tödlichen Waffen zu benutzen. Der Friede, den er uns bringt, kommt im Geist der

Seligpreisungen zum Ausdruck (Mt 5,3-11). Obwohl Jesus verfolgt wird, bleibt er standhaft in seiner aktiven Gewaltlosigkeit, sogar bis in den Tod. Sein Leben für die Gerechtigkeit endet am Kreuz, einem Werkzeug der Folter und Hinrichtung. Mit Jesu Auferstehung bekräftigt Gott, dass eine solch unerschütterliche Liebe, ein solcher Gehorsam und ein solches Vertrauen zu Leben führen. Das gilt auch für uns.“<sup>3</sup>

Komprimiert findet sich in diesen Sätzen aus dem ökumenischen Aufruf zum gerechten Frieden aus dem Jahr 2011 die Friedensbotschaft des Neuen Testaments zusammengefasst. Eine doppelte Überzeugung kommt darin zum Ausdruck: Friede ist ein Geschenk, eine Gabe Gottes an die Menschheit. Aus diesem Geschenk erfolgt für die Gläubigen die Verpflichtung, diesen Frieden Gottes, soweit sie es vermögen, praktisch umzusetzen. Jesus Christus ist in seiner konsequenten Gewaltlosigkeit für sie die Verkörperung dieses Friedens und somit maßgebliches Vorbild – wobei die Haltung Jesu vor dem Hintergrund der Entwicklung des Friedensdenkens in seiner eigenen Religion, dem Judentum, zu sehen

2 Vgl. Walter Homolka, a.a.O., S. 571-579; Peter Bürger, Judentum und Pazifismus [<https://www.heise.de/tp/features/Judentum-und-Pazifismus-3366622.html?seite=all>]; 6.2.2019]

3 Ein ökumenischer Aufruf zum gerechten Frieden. In: Raiser, Konrad/Schmittthener, Ulrich (Hg.): Gerechter Friede. Ein ökumenischer Aufruf zum Gerechten Frieden. Berlin 2013. S. 5-20, hier: S. 6f.

ist. Entsprechend verlangt auch Frieden im Sinne des Neuen Testaments ein konkretes Tun, das durchaus Konflikte mit den herrschenden Mächten und Gewalten provoziert.

In der Kirche galten bis in das 4. Jahrhundert n.Chr. hinein weithin Soldatsein und Christsein als unvereinbar.<sup>4</sup> Das änderte sich, als die Kirche zur Staatsreligion erhoben und damit zu einem auch politisch relevanten Faktor wurde. Immerhin wurden mit der „Lehre vom gerechten Krieg“ die Kriegserklärung und -führung an restriktive Bedingungen geknüpft (, die allerdings so gut nicht eingehalten wurden). Dieser loyalen Haltung gegenüber dem Staat widersetzen sich die sog. „Friedenskirchen“ (Böhmische Brüder, Herrnhuter Brüdergemeinde, Mennoniten, Hutterer, Quäker u.a.), die u.a. den Militärdienst ablehnen und stattdessen sich für Friedensdienst in Krisengebieten (Christian Peacemaker Teams) einsetzen. Nach den schrecklichen Erfahrungen der beiden Weltkriege hat sich auch in den „Großkirchen“ die Überzeugung durchgesetzt, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll. Mit der Entwicklung der Massenvernichtungsmittel führte

das zu der Einsicht, dass die Lehre vom gerechten Krieg obsolet geworden ist. An deren Stelle ist weithin in der Ökumene die „Lehre vom gerechten Frieden“ mit der vorrangigen Option für Gewaltfreiheit und für ein umfassendes Sicherheitskonzept getreten. Ihren Niederschlag findet diese Lehre sowohl auf der Ebene von Friedensforschungsstudien als auch in vielfältigen Friedensinitiativen weltweit. Beispielhaft sei die neuerliche Kampagne zum Verbot der Atomwaffen genannt. Nüchtern muss allerdings eingestanden werden, dass solche konsequente Arbeit für den Frieden noch längst nicht das allgemeine innerkirchliche Bewusstsein prägt. Hinzu kommt, dass ihre Glaubwürdigkeit nicht zuletzt davon abhängt, wie auch in den Reihen der Kirchen selbst die Prinzipien des von ihnen deklarierten „gerechten Friedens“ befolgt werden.

### 3. Islam

Nach Ayse S. Kadayifici-Orellana, einer in den USA tätigen Friedens- und Konfliktforscherin muslimischen Glaubens, lassen sich im Islam drei gegensätzliche und gegeneinander ringende Interpretationsweisen von Gewalt und Frieden unterscheiden: (1) eine offensive, die Allahs Herrschaft auf der Erde als Garant für Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden

<sup>4</sup> Vgl. Peter Bürger, Frühchristlicher Pazifismus und „gerechter Krieg“ – Teil 1: Dreihundert Jahre Gewaltfreiheit [https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/003636.html; 7.2.2019]

durchzusetzen bestrebt ist, wenn nicht anders möglich, mit Gewalt, (2) eine defensive, die im Falle der Bedrohung eine kriegerische Abwehr erlaubt, sowie (3) eine gewaltlose. Diese letzte wird nach Überzeugung von Frau Kadayifici-Orellana am besten dem Geist der zentralen islamischen Quellen gerecht. Diesem zufolge, so führt sie dazu aus, „beginnt der Frieden mit Gott, denn as-Salam (Frieden) ist einer der schönsten der 99 Namen Gottes (Q 59:23). Dieser Frieden ist ein positiver Zustand von Geborgenheit oder Sicherheit, der den Frieden mit sich selbst einschließt sowie den Frieden mit seinen Mitmenschen, mit der Natur und mit Gott... Frieden ist jedoch nicht nur ein `rein passiver Zustand`, sondern bedeutet `ganz aktiv gegen die Bedrohungen des Bösen, der Zerstörung und des Aufruhrs einzutreten, die von innen oder von außen herrühren können... So fordert Gott die Gläubigen stets auf, ihr Streben auf die Wiederherstellung von Harmonie, Gerechtigkeit und Frieden auf Erden zu richten, um den `dauerhaften Zustand des Friedens` (Q 10:25) zu erreichen.“<sup>5</sup> Was Frau Kadayifici-Orellana im Einzelnen dazu ausführt, kann hier nicht dargelegt werden. Ihr Anliegen ist

es – und dafür setzt sie sich als Mitgründerin des Salam Institute for Peace and Justice in den USA ein –, innerhalb der eigenen Reihen ein Bewusstsein dafür voranzutreiben, dass im Sinne der islamischen Quellen der Weg der Gewaltlosigkeit zu bevorzugen ist und so die Islamisten zu delegitimieren. Wenn auch nicht so absolut für Gewaltfreiheit ein-tretend, haben die 38 islamischen Gelehrten in ihrem Offenen Brief als Antwort auf eine Bemerkung von Papst Benedikt XVI in seiner „Regensburger Vorlesung“ im September 2006 betont, dass eine religiöse Legitimation von Kriegen unislamisch sei. In diese Reihe eines strikt auf Frieden bedachten Islam passt auch das höchst beachtenswerte „Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“, das der Großimam von Al-Azhar Ahmad Al-Tayyeb gemeinsam mit Papst Franziskus am 4. Februar ds. Js. in Abu Dhabi unterzeichnet hat. Und nicht zuletzt ist Khan Abdul Ghaffar Khan (um 1890-1988) zu erwähnen, der ähnlich wie Mahatma Gandhi und gemeinsam mit ihm für eine Befreiung Indiens aus der britischen Herrschaft auf gewaltfreiem Weg gekämpft und dabei die Gewaltlosigkeit aus dem muslimischen Glauben heraus begründet hat.

<sup>5</sup> Ayse S. Kadayifici-Orellana, Frieden und Gewalt im Islam. In: Reinhold Mokrosch u.a. (Hg.), Religionen und Weltfrieden, Stuttgart 2013, S. 137-156, hier: S 142f.

#### 4. Hinduismus

In den fernöstlichen Religionen begegnet uns eine Welt des Denkens, der Spiritualität und des Tuns, die sich erheblich von den in Westasien entstandenen Religionen unterscheidet. Um mit dem Hinduismus zu beginnen: Es handelt sich bei ihm nicht um eine einheitliche und geschlossene religiöse Weltanschauung, sondern es gibt ihn in monotheistischen, polytheistischen und atheistischen Formen. Im Zuge der Unabhängigkeitsbewegung gegen das britische Kolonialreich ist er zum integralen Faktor der nationalen Identität Indiens geworden. Allgemein geteilt, wenn auch unterschiedlich ausgelegt ist im Hinduismus die Überzeugung, dass im Kosmos eine Ordnung herrscht, die die Gestaltung der Beziehungen des Menschen zu sich selbst, zu den Mitmenschen und zur Mitwelt sowie den Göttern und dem Absoluten Sein vorgibt, der Dharma. Ohne ihn gibt es weder im Dies- noch im Jenseits Hoffnung auf Glück. Grundsätzlich findet das in einer offenen, toleranten Mentalität seinen Niederschlag. Die Vorstellung eines religiös motivierten Krieges ist mit dem Dharma-Verständnis nicht vereinbar, es sei denn, dass von außen ein Angriff auf diese Ordnungs-Vorstellung erfolgt (etwa durch das Eindringen des Islam oder des Christentums in Indien). In diesem Fall handelt es

sich gemäß der Bhagavadita, einer für den Hinduismus maßgeblichen Quelle, um einen gerechten Krieg. Eine neuere politische Bewegung, Hindutva, verfolgt die (Wieder-) Herstellung einer einzigen Hindu-Nation und scheut vor dem Einsatz von Gewalt gegen dem im Land entgegenstehende Kräfte nicht zurück. Demgegenüber ist Mohandas Karamchand Gandhi (1869-1948) im Kampf um die Unabhängigkeit Indiens einen anderen Weg gegangen, den er aus seiner religiösen Tradition heraus begründete und der für ihn und viele andere von ihm inspirierte Menschen über den damaligen Freiheitskampf hinaus einen grundsätzlichen Charakter annahm: den Weg konsequenter aktiver Gewaltlosigkeit. „Als Waffe wählte er, was er satyāgraha nannte: Wahrheit und Standhaftigkeit. In diesem passiven Widerstand (der sich äußern konnte in Boykott, Hungerstreik, Nichtzahlen von Steuern, Nichtbeachten kolonialer Gesetze usw.) sah er die Verwendung von ahimsā als eine moralische Kraft, die die Autonomie und Würde des Anderen respektiert ...“ (Zydenbos, a.a.O., S. 617)

#### 5. Buddhismus

Gemeinhin gilt der Buddhismus als die friedvolle Religion bzw. Weltanschauung schlechthin. Für diese Ein-

stellung steht aktuell Dalai-Lama par excellence. Umso irritierender ist es, wenn davon berichtet wird, dass in buddhistisch geprägten Ländern wie Burma (Myanmar), Thailand und Sri Lanka mit Gewalt vor allem gegen muslimische Minderheiten vorgegangen und dieses von buddhistischen Mönchen befeuert worden ist und wird, oder wenn z.B. an die Gräueltaten von Buddhisten in Japan während des 2.

und erst recht nicht zu töten. Um dieses beherzigen zu können, ist es notwendig, dass die Menschen ihre falschen Einstellungen und Sichtweisen durch spirituelle Methoden (entlang des achtfachen Wegs) überwinden. „Das ultimative Ziel dieser Verfahren ist das Nirvana, d.h. das Auslösen des Leidens, die Überwindung des Anhaftens an Vergänglichem und die völlige Befreiung aus den Fesseln des Zyk-



Weltkriegs erinnert wird. Dennoch ist daran festzuhalten: Grundsätzlich hat die Gewaltlosigkeit in der Lehre des Buddhismus einen hohen Stellenwert. Es gilt, keine Gewalt anzuwenden, kein Leid zuzufügen

lus des Werdens und Vergehens. Auf dem Weg zum Nirvana entwickeln sich buddhistisch Tugenden wie Weisheit, liebevolle Freundlichkeit, Mitleid, mitfühlende Freude und Gleichmut, die als individuelle



Grundbedingungen für das gewaltfreie Zusammenleben gelten können“ (Usarski, a.a.O., 625 unter Weglassen der Klammern). Aus der „inneren Abrüstung“ ergibt sich der äußere Friede. Unterschiedliche Auffassungen gibt es in den verschiedenen Strömungen des Buddhismus, ob und inwieweit im Falle des (drohenden) Angriffs auf das kulturelle Erbe, besonders auf die wahre Lehre (dharma) Gewalt angewendet werden darf. Die Bandbreite der Auffassungen reicht von mehr oder weniger eingeschränkter Legitimation bis hin zur strikten Ablehnung. Aus dem Entsetzen über die Folgen des Krieges in ihrer Region und ihrer Verstrickung darin heraus haben z.B. Buddhisten in Japan sich maßgeblich am Zustandekommen einer Friedensbewegung in ihrem Land beteiligt und 1970 in Kyoto die Initiative zur Gründung der „Weltkonferenz der Religionen für den Frieden“ (Religions for Peace) ergriffen, einem Netzwerk, das heute in 70 Ländern verbreitet ist.

## 6. Ausblick

Angesichts des Tatbestands, dass alle hier aufgeführten Religionen nicht davon frei gesprochen werden können, zu Gewalt und Unfrieden beigetragen zu haben, ist zu hoffen und engagiert zu betreiben, dass sich in ihnen die Überzeugung durchsetzt – wie es in dem erwähnten Dokument von Abu Dhabi heißt –, „dass die wahren Lehren der Religionen dazu einladen, in den Werten des Friedens verankert zu bleiben; dass sie dazu anregen, die Werte des gegenseitigen Kennens, der Brüderlichkeit (besser. Geschwisterlichkeit, NM) aller Menschen und des allgemeinen Miteinanders zu vertreten, dass die darauf hinwirken, dass die Weisheit, die Gerechtigkeit und die Nächstenliebe wiederhergestellt werden ...“ Angesichts der gegenwärtigen Weltlage ist ein solches Zusammenwirken der Glaubenden aus allen Religionen – gemeinsam mit ähnlich gesinnten Nichtglaubenden – dringender denn je.

---

*Dr. theol. Dr. theol. h.c. Norbert Mette absolvierte sein Studium der Sozialwissenschaften und Theologie in Münster. Von 1984-2002 hatte er eine Professur für Praktische Theologie/Religionspädagogik an der Universität Paderborn und von 2002-2011 dito an der Universität Dortmund. Seitdem ist er im (aktiven) Ruhestand und langjähriges pax christi-Mitglied.*

---



### **Markus A. Weingardt: Religiöse Friedensarbeit - Akteure, Beispiele, Methoden, Bonn 2018, 230 S., 4,50 EUR**

Dieses bereits 2014 im Gütersloher Verlagshaus erschienene Werkbuch zur religiösen Friedensarbeit ist im vergangenen Jahr in die Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn) aufgenommen worden und kann von dort zu einem günstigen Preis bezogen werden.

Es umfasst außer Einführung und abschließender Vorstellung des „Projekts Weltethos“ 10 thematische Abschnitte: Gewaltfreie Aktion, Friedenserziehung, Training for Peace, Friedensmarsch, Dialog, Friedensethische Stellungnahmen, Vermittlung, Mediation, Menschenrechte und Versöhnungsarbeit. Diese Abschnitte sind durchweg in gleicher Weise untergliedert: Methode, ein Fallbeispiel aus Deutschland sowie eins aus einem anderen Land. Angefügt sind jeweils weiterführende Informationen und Literaturhinweise. Das Ganze ist sehr lesefreundlich (mit Bildern u.ä.) aufbereitet, so dass es Spaß macht, in diesem Buch herumzublättern und an der einen oder anderen Stelle innezuhalten.

Der Leser/die Leserin erhält ein breites und informatives Spektrum darüber, wo und wie Religionen in neuerer Zeit versöhnungs- und friedensstiftend gewirkt haben und wirken.

# Schwerpunkte der Vorstandsarbeit bis 2021

Stefan Leibold

*Am 2.3. trafen sich der Vorstand und der Friedensreferent mit dem ehemaligen geistlichen Beirat Klaus Hagedorn und zwei weiteren pax christi-Mitgliedern aus Vechta und Oldenburg, um über die Möglichkeiten der Mitgliedergewinnung und die Schwerpunkte der nächsten Jahre zu beraten.*

Bei der Gewinnung neuer Interessierter und Mitglieder, so das Resümee, kommt es darauf an, heute relevante Themen an Fokusorte (z.B. Oldenburg, Münster, Recklinghausen) und Brückenköpfe (z.B. Hochschulgemeinden, Unis, kath. Schulen) anzubinden und auch neue Formate auszuprobieren (z.B. „Musik und Wort“, Exkursionen, Pro und Kontra-Diskussionen).

Am Nachmittag überlegte der aktuelle Vorstand gemeinsam mit dem Friedensreferenten die Arbeitsschwerpunkte der nächsten Jahre. Insgesamt acht wurden identifiziert und sollen (in unterschiedlicher Intensität) das pax christi-Profil der nächsten Jahre im Bistum Münster prägen - soweit es vom Vorstand abhängig ist. Über alle Aktivitäten der Mitglieder mit ihrem jeweiligen Profil freut sich der Vorstand!

## 1) Rüstungsexporte

Hier wird die Kampagne „Aktion Aufschrei“ ein Schwerpunkt bleiben. Wir wollen einen Blick auf Zuliefererketten im Münsterland werfen, auf Unternehmen, die an Rüstungsexporten beteiligt sind. Kooperationspartner sind die Aktion Aufschrei, die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Kathrin Vogler (Friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Mitglied des Bundestages, Emsdetten), pax christi-Mitglieder im Münsterland, ggf. auch das Eine-Welt-Forum Münster. Zunächst ist einiges an Recherche nötig. Als Format bietet sich eine öffentliche Aktion an. Verantwortlich für diesen Schwerpunkt ist Daniel, unterstützt von Maria.



## 2) Migration/Geflüchtete

Die Aktion „Seebrücke“, die sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind, fordert, wird ein Schwerpunktthema in diesem Bereich sein. Am 28.3. fand die szenische Lesung „Ein Morgen vor Lampedusa“ statt, von uns mitorganisiert. Auch „Münster – Stadt der Zuflucht“, ein Bündnis, das die Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter in Münster fordert, bleibt ein Schwerpunkt unserer Arbeit in diesem Bereich. Kooperationspartner sind die Seebrücke, das Bündnis „Stadt der Zuflucht“, der Fachaustausch der Flüchtlingshilfen in Münster, das Netzwerk Kirchenasyl, das Institut für Theologie und Politik (ITP) und die Katholische Studierenden- und Hochschulgemeinde Münster (KSHG). Verantwortlich sind alle Vorstandsmitglieder und der Friedensreferent.

## 3) Interreligiöser Dialog

Es besteht die Arbeitsgruppe „Christlich-muslimischer Dialog“ (neuer Titel) mit E. Ockel, T. Garske, B. Lübbering, H. Erlemann und einem H. Alhaw. An der Neuauflage des „West-Östlichen Diwans“ vom Künstler Thomas Nufer in Münster möchten wir uns gerne beteiligen. Kooperationspartner sind die Ar-

beitsstelle Interreligiöser Dialog und das Zentrum für Islamische Theologie. Verantwortlich sind insbesondere Eberhard und die AG.

## 4) „Sicherheit neu denken“

Die Kampagne, die das von der evangelischen Landeskirche in Baden entwickelte Szenario umsetzen will, unterstützen wir. Anfang September wird Ralf Becker, einer der Mitinitiatoren, dazu in Münster referieren. In der pc-Korrespondenz ist das Thema Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe. Mögliche Kooperationspartner sind die Organisatoren der Kampagne, die DFG-VK, das Ev. Forum, das Eine-Welt-Forum und der Friedensethiker H.-R. Reuter.

## 5) Freiwilligendienst/ Friedensdienst

Für die AG (bisher nur Matthias Lauks) wird Zuwachs gesucht, sonst kann das Projekt nicht umgesetzt werden. Kooperationspartner sind der Projektträger in der Ukraine und pc Aachen. Verantwortlich ist aus dem Vorstand bisher niemand.

## 6) Friedensbildung

Dazu gehören der Friedenslauf von Schüler\*innen am 10.10. und der Workshop mit pc Paderborn und Aachen im November. Dort wird ein Planspiel zum Rüstungsexport

für Jugendliche ab ca. 15 Jahren vorgestellt, das an Schulen eingesetzt werden kann. Auf längere Sicht ist eine Beteiligung an der Initiative „Bundeswehr raus aus den Schulen!“ und eine Befragung von Schulen zum Thema Friedensarbeit wünschenswert. Kooperationspartner sind pc Paderborn und Aachen, die AG Frieden Münster, das forumZFD, B. Thomas vom Eine-Welt-Forum und (kirchliche) Schulen. Verantwortlich ist in erster Linie Daniel.

## 7) Ächtung der Nuklearwaffen

Am 7.7. ruft pax christi zum Aktionstag in Büchel auf und organisiert ggf. eine Veranstaltung für die „Daheimgebliebenen“. Sollte es nach der Kündigung des INF-Vertrages zur Stationierung neuer Atomraketen kommen, wird pc darauf reagieren müssen. Die Veranstaltung mit Heinz-Günther Stobbe in Schulen zum Thema „Atomare Rüstungskontrollierbarer Wahnsinn?“ soll interessierten Schulen z.B. in der letzten Woche vor den Sommerferien angeboten werden (nach Absprache mit Stobbe). Kooperationspartner sind die IPPNW (Studierendengruppe), die deutsche Sektion von pax christi, atomwaffenfrei jetzt!, pc Aachen, Essen und Köln, (kirchliche) Schulen. Verantwortlich sind alle, die Gruppe Recklinghausen, was die Organisation der Fahrt nach Büchel angeht.

## 8. Anti-Rassismus/Rechts-extremismus

Zu diesem Thema ist einiges an Recherche nötig. Geeignete Literatur gibt es genug (u.a. die Schriften von Heitmeyer et al., das Buch von E. Wehling zum „Politischen Framing“). Auf der Delegiertenversammlung Ende Oktober soll eine bundesweite AG eingerichtet werden. Sinnvoll wären niedrigschwellige Veranstaltungen. Konkrete Ideen: ein Gottesdienst in der Jugendkirche „Effata“ in Münster und eine Stadtführung in der Aaseestadt. Kooperationspartner sind die KSHG, die Effata-Jugendkirche in Münster, amnesty international, die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) und B. Thomas aus der Aaseestadt-Gemeinde. Verantwortlich sind Daniel und Stefan (und ggf. der zukünftige geistliche Beirat...).

Die Thematik „Europa als Friedensprojekt?!“ zieht sich als Querschnittsthema durch viele der oben beschriebenen Bereiche. Diese Ideen können nur mit möglichst viel Leben gefüllt werden, wenn sich Mitglieder und Interessierte an der einen und anderen Stelle engagieren (gerade auch außerhalb der Stadt Münster). Bitte fragt nach und wenn euch ein Projekt anspricht, meldet euch gerne!

# Tagung der Friedensreferent\*innen in Paderborn

Daniel Kim Hügél

*Zweimal im Jahr treffen sich die Friedensreferent\*innen aus den Diözesanverbänden von pax christi zum zweitägigen Austausch über ihre Aktivitäten und gemeinsamen Planungen. Anfang Dezember 2018 trafen wir uns unter der Leitung von Generalsekretärin Christine Hoffmann in Paderborn.*

Zu Beginn stellten die Teilnehmenden anhand eines Zeitstrahls einen Aspekt ihrer Arbeit vor, der sie im letzten halben Jahr, aktuell und in den kommenden Monaten beschäftigt. Strukturelle Neuerungen standen und stehen dabei bei vielen im Vordergrund ihrer Arbeit, verbunden mit der Hoffnung, anschließend wieder intensiver in die inhaltliche Arbeit einzusteigen. Das „Schrumpfen“ der Mitgliederzahlen sowie das „älter werden“ der Mitglieder ist dabei nach wie vor eines der grundlegenden Probleme.

## Pressegespräch

Im Anschluss bereiteten wir uns auf das geplante Pressegespräch mit Birger Berbüsse, einem Redakteur der Neuen Westfälischen, vor. Herr

Berbüsse hatte ausführlich über pax christi und die drohenden Mittelkürzungen berichtet und war uns somit eine große Hilfe. Im Gespräch wollten wir allerdings nicht überwiegend Probleme schildern, sondern die Bandbreite unserer bundesweiten Aktivitäten darstellen. Dazu wurden die Statements zu den verschiedenen Themen zunächst in Kleingruppen eingeübt, um im tatsächlichen Pressegespräch zu wissen, was jede\*r sagen und nicht sagen möchte und somit einen professionellen Eindruck zu hinterlassen.

Das Pressegespräch am zweiten Tag unseres Treffens verlief sehr gut, alle konnten ihre Themen gut und flüssig präsentieren, es entwickelte sich ein intensives Gespräch. Wichtig war es für uns

auch, dass wir uns als eine Einheit von Friedensreferent\*innen präsentieren, die sich gemeinsam, bundesweit für den Frieden einsetzen. Leider war der Output unserer Arbeit hier bisher nicht zufriedenstellend: bisher erschien nur ein kurzer Artikel in der „Neuen Westfälischen“, der zwar von unserem Treffen und der Weiterförderung von pax christi berichtet, nicht aber über unsere bundesweite inhaltliche Arbeit.



Manfred Jäger, Friedensreferent pax christi Paderborn, erklärt den Ablauf unseres Treffens

## Vorstellung des pax christi DV Paderborn

Am Abend des ersten Tages stellte Dr. Peter Witte, Vorsitzender des pax christi DV Paderborn uns die Geschichte und die Aktivitäten von pax christi Paderborn vor. Anschließend ließen wir den Abend gemütlich mit spannenden Gesprächen und Getränken in einer Paderborner Kulturbar ausklingen.

## Weitere Themen

Weiteres Thema war u.a. die pax christi-Imagekampagne. Hier stellte Christine Hoffmann den aktuellen Stand vor, und wir planten, wie wir Elemente der Kampagne in unseren Diözesanverbänden einbringen und umsetzen können. Auch der Beschluss der Delegiertenversammlung zum Umgang mit der AfD wurde thematisiert. Alle Anwesenden



Kristina Blömer (pax christi Aachen) und Generalsekretärin Christine Hoffmann im Gespräch mit Journalist Birger Berbüsse.

stützten den Beschluss, einigen ging dieser noch nicht weit genug. In allen DVs ist der Umgang mit der AfD ein Thema und wird diskutiert.

Als Fazit lässt sich erneut festhalten, dass der Austausch untereinander sehr wichtig für uns alle ist: wir lernen voneinander, stärken uns, geben uns Tipps und Hinweise und können gemeinsam planen. Auch im Jahr 2019 stehen zwei weitere Treffen an: in Berlin und bei pax christi Rhein-Main.

# pax christi - Zukunftswerkstatt

1. - 3. Februar 2019 in Magdeburg

Stefan Leibold

*Eine Zukunftswerkstatt ist laut Wikipedia eine „Methode, die Phantasie anzuregen, um mit neuen Ideen Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu entwickeln.“ (Wikipedia). In diesem Fall ging es um eine kritische Bestandsaufnahme der Arbeit von pax christi und darum, daraus konkrete Ideen für die Zukunft der Bewegung zu gewinnen. Also traf ich mich mit 17 anderen Mitstreiter\*innen im Roncallihaus in Magdeburg, um die Zukunft von pax christi in Deutschland zu gestalten.*

Bei der Methode einer Zukunftswerkstatt, die Gerold König vom Bundesvorstand mit Übersicht und Gespür moderierte, beginnt man mit einer Sammlung aller möglichen Kritikpunkte, mit dem, was alles nicht funktioniert, geht über eine positive Formulierung des festgestellten Sachverhalts zur Formulierung des utopischen Gehalts über, und dann kommt der schwierigste Teil: die Utopie in eine konkrete und überprüfbare Forderung zu verwandeln. In einer Kurzform habe ich an einer Zukunftswerkstatt schon einmal teilgenommen; ich war aber verblüfft, wie gut die Methode tatsächlich funktioniert

hat, und dass das Ziel, konkrete Lösungsansätze für festgestellte Defizite zu erarbeiten, zusammen erreicht wurde.

Das ganze Wochenende herrschte eine konzentrierte, aber nicht angespannte Atmosphäre, die ich als sehr konstruktiv empfunden habe. Großer Dank geht an die sehr engagiert mitwirkenden pax christi-Mitglieder aus ganz Deutschland und insbesondere an Gerold König als fachkundigen Moderator des Prozesses. Samstagabend besuchte die Gruppe einen Gottesdienst, der vom Magdeburger Alt-Bischof Leo Nowak authentisch und anspre-

chend geleitet wurde. Die verschiedenen Phasen einer Zukunftswerkstatt lassen sich in ihrer Dynamik nur schwer beschreiben, daher folgt nun eine (von mir sprachlich etwas geglättete) Aufzählung der Vorschläge (die jeweils Verantwortlichen habe ich hier weggelassen; Informationen zu allen Phasen findet man im Mitgliederbereich der Homepage. Bei Interesse gerne nachfragen!) Die Teilnehmenden hoffen, dass diese Vorschläge sich alsbald realisieren lassen.

## Vorschläge/ Forderungen an uns selbst aus der Zukunftswerkstatt von pax christi 2019

1. Wir schaffen eine pax christi-spezifische Kommunikationskultur, geprägt von der Friedensspiritualität. Dazu gehören Kommunikationstrainings und das Erlernen von Moderationstechniken. Interne und externe Ressourcen sollen dazu genutzt werden.

2. Wir machen vielfältige Angebote zur Förderung der Friedensspiritualität (der Mitglieder) auf unterschiedlichen Ebenen als offenes Angebot (Leitbild „Kampf und Kontemplation“).

3. Die DV beauftragt den Bundesvorstand, ein Konzept der Mit-

gliederverwaltung/ -betreuung, Finanzbuchhaltung und Spendenbetreuung für Diözesanverbände zu entwickeln, die nicht mehr dazu in der Lage sind oder dies nicht machen wollen.

4. Es wird eine Best Practice-Plattform eingerichtet, moderiert von 3 Leuten (Stichworte: auch aus Fehlern lernen, mit Feedback)

5. Es wird eine Datenbank geschaffen: Wissen und Kompetenzen sollen genutzt und weitergegeben werden.

6. Die DV richtet zwei neue Arbeitsgemeinschaften ein: zum einen zu den ökologischen Dimensionen des Friedens, zum anderen zum Thema Rechtsextremismus.

7. Das Thema Erinnerungskultur und Versöhnung soll in der Datenbank und in der Außendarstellung sichtbar sein.

8. Der Bundesvorstand sammelt Kontakte von pax-Mitgliedern aus Parteien und Gewerkschaften. Er berät, wo und auf welche Weise Kooperationen möglich und notwendig sind und identifiziert Einflussmöglichkeiten.

9. Es wird eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene zum Thema Mitgliederwerbung, -bindung und -aktivie-



Die Teilnehmenden der Zukunftswerkstatt in Magdeburg.

rung eingerichtet, die sich mit den für die Mitglieder Verantwortlichen in den Diözesen vernetzt und austauscht.

10. pax christi startet ein Vernetzungsprojekt von Einzelmitgliedern. Die Kontaktaufnahme erfolgt durch einen Fragebogen in der pax Zeit zu Interessen, Fähigkeiten und An-

geboten. Dazu könnten gehören: Online-Kontakte, gemeinsame Anreise zu Veranstaltungen, Mentoren für Neumitglieder zur Verfügung stellen, ein Willkommenspaket zusammenstellen und weitere Vorschläge.

11. pax christi nutzt Petitionsplattformen und Kampagnen.

## 3. Münsteraner Friedenslauf

10. Oktober 2019 – Sentruper Höhe

Daniel Kim Hügel

*Am 10. Oktober 2019 startet bereits der 3. Münsteraner Friedenslauf rund um den Sportpark Sentruper Höhe.*

Knapp 500 Münsteraner Schülerinnen und Schüler starteten im vergangenen Jahr beim Zweiten Münsteraner Friedenslauf rund um die Sportanlagen Sentruper Höhe. Dabei haben sie eine Summe von rund 8.500 € erlaufen - ein tolles Ergebnis! Mit dem Erlös unterstüt-

pax christi Münster die caritas international und ermöglicht so Kindern aus geflüchteten Familien im Libanon den Schulbesuch. Das Projekt hat einen integrativen Ansatz: Muslimische und christliche Kinder lernen gemeinsam an den Schulen.

### Einladung zum Friedenslauf 2019

Sehr gerne möchten wir in diesem Jahr noch mehr Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme motivieren.

Auch in diesem Jahr übernimmt Oberbürgermeister Markus Lewe die Schirmherrschaft. Als Botschafter des Friedenslaufs konnten wir den bekannten Münsteraner (Friedens-)Künstler Thomas Nufer gewinnen, der eine gemeinsame friedenspolitische Aktion mit den teilnehmenden Kindern am Lauftag plant.



zen sie die Arbeit von pax christi Münster und des Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (forumZFD). Im Jahr 2018 stand die Friedensarbeit im Libanon und in Deutschland im Fokus. Mit den Spenden unterstützt

## Wofür laufen wir?

Unter dem Motto „**Miteinander statt nebeneinander – gemeinsam in Vielfalt leben**“ sammeln die Kinder und Jugendlichen mit jeder gelaufenen Runde Spenden für die Unterstützung der Friedensarbeit von pax christi und des forumZFD (Forum Ziviler Friedensdienst e. V.) im Nahen Osten und in Deutschland.

Mit den Spenden unterstützt pax christi Münster in diesem Jahr zwei Projekte im regionalen Schwerpunkt. Zum einen ein Friedensprojekt in Palästina mit Jugendlichen: Das Arab Educational Institute in Bethlehem (aei). Das aei ist eine palästinensische Bildungseinrichtung, die in den Regionen von Bethlehem, Hebron und Ramallah aktiv ist. Sie will die Arbeit für Frieden und Gewaltfreiheit durch entsprechende Bildungsangebote fördern. Das aei fördert besonders das Zusammenleben von Muslimen und Christen. Die Arbeit mit Jugendlichen, jungen Erwachsenen sowie LehrerInnen mit Eltern bilden einen Schwerpunkt.

Der andere Teil der Spenden für pax christi geht an die Begegnungsstätte Beit Noah der Benediktiner im Heiligen Land (Dormitio) in Tabgha. Besonders Menschen, die Wunden aus dem misslungenen Miteinander

und gewaltsamen Gegeneinander von Menschen davongetragen haben, kommen in das gemeinsame Haus nach Tabgha: Kinder und Jugendliche, die im israelisch-palästinensischen Konflikt verwundet wurden und die mit bleibenden körperlichen Behinderungen leben, Kinder und Jugendliche mit geistigen oder körperlichen Behinderungen, Kinder und Jugendliche aus Israel und Palästina, die trotz und wegen ihrer Behinderungen viel heilsame Freude am Leben haben. Für viele israelische und palästinensische Jugend- und Behindertengruppen ist Beit Noah oft die einzige Möglichkeit, aus ihrem Alltag auszubrechen und Normalität und Freiheit zu erleben.

## Was lernen die Schülerinnen und Schüler durch den Friedenslauf?

Für Kinder und Jugendliche ist ein Friedenslauf ein besonderes Ereignis: Sie lernen, dass jeder und jede von Ihnen „etwas tun kann“ – und dass sie zusammen ein eindrucksvolles Zeichen für Frieden und Gerechtigkeit setzen können.

**Ein optionales begleitendes Bildungsprogramm mit dem Titel „Brücken bauen durch Dialog - im Schulalltag und in der Einen Welt“** bringt den Schülerinnen und

Schülern positive Beispiele für die Überwindung von Konflikten und Vorurteilen durch Dialog – zum Beispiel in Israel und Palästina – näher. Gleichzeitig lernen sie, wie sie selbst in unserer Gesellschaft und auch an ihrer Schule zu einer gelungenen Willkommenskultur beitragen können.

Neben verschiedenen Bildungsheften bieten wir teilnehmenden Schulklassen interaktive Workshops, Filmvorträge sowie Gesprächsrunden mit Geflüchteten und Friedensfachkräften an.

## Anmeldungen und Informationen

Anmeldungen zum Friedenslauf sind bis zum 7. Juni 2019 möglich.

Für weitere Infos oder eine Vorstellung des Friedenslaufs und unserer Projekte im Kollegium können Sie mich telefonisch unter der Nummer 0251-511420 oder per Mail unter [muenster@run4peace.eu](mailto:muenster@run4peace.eu) erreichen. Unter [www.run4peace.eu/muenster](http://www.run4peace.eu/muenster) finden Sie ebenfalls weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung.

### Wir freuen uns, wenn auch Sie uns am 10. Oktober unterstützen und sich gemeinsam mit uns gegen Gewalt und für den Frieden weltweit einsetzen!

- Als **Lehrer\*in der Münsteraner Schulen**: Nehmen Sie mit Ihren Schüler\*innen teil! Sprechen Sie auch Kolleg\*innen und die Schulleitung an!
- Als **pax christi-Mitglied**: Sprechen Sie Lehrer\*innen, Schulleitungen und Schüler\*innen der Münsteraner Schulen aus ihrem Familien-, Freundes-, und Bekanntenkreis an und motivieren Sie diese zur Teilnahme!
- Für den **Lauftag** am 10. Oktober **suchen wir engagierte Helfer\*innen**, die uns zwischen 9 und 12 Uhr tatkräftig unterstützen. Hilfe wird vor allem bei der Ausgabe von Wasser und Bananen an die Läufer\*innen, bei der Verteilung von Stempeln nach jeder gelaufenen Runde oder zur Absicherung der Laufstrecke benötigt. Ihre Meldung zur ehrenamtlichen Mithilfe nehme ich unter [d.huegel@paxchristi.de](mailto:d.huegel@paxchristi.de) oder unter 0251/511420 gern entgegen.

# Für Frieden. Für Menschenrechte. Für Europa.

pax christi – Deutsche Sektion

*Vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 ruft pax christi in einem breiten Bündnis von 70 Organisationen und Institutionen aus acht europäischen Ländern zur Rettung des Friedensprojekts Europa auf: „Europa als Friedensprojekt ist für die internationale katholische Friedensbewegung pax christi Entstehungs- und Zielperspektive.“*

Gestartet aus dem Geist der Versöhnung mit Frankreich am Ende des Zweiten Weltkrieges strebt pax christi auch heute ganz selbstverständlich nach einer Stärkung europäischen Zusammenwirkens.

Die Herausforderung besteht heute darin, Europa von innen zu stärken, um nach außen ohne Abschottung wirken zu können“ erklärt der pax christi-Bundesvorsitzende Norbert Richter und erläutert: „Deshalb kritisiert pax christi mit dem Bündnis die geplanten Milliardeninvestitionen der Europäischen Union in Rüstungsforschung und die Militärkooperationen mit Drittstaaten. Die EU darf keine Staaten aufrüsten, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen. Die Förderung des Frie-

dens und der Menschenrechte darf nicht der Abwehr von Flucht und Migration zum Opfer fallen. Angesichts der großen Zahl gewaltsamer Konflikte fordern wir die EU auf, mehr in gewaltfreie Konfliktbearbeitung zu investieren.“

Bis zur Wahl vom 23. bis 26. Mai 2019 sind alle Menschen in der Europäischen Union eingeladen, den Aufruf im Internet zu unterzeichnen: [www.rettetdasfriedensprojekt.eu](http://www.rettetdasfriedensprojekt.eu)

Im Folgenden finden Sie den vollständigen Text des Aufrufs, eine Liste der Erstunterzeichner\*innen sowie Hintergründe zu den drei Forderungen an das Europäische Parlament.

## Aufruf an das Europäische Parlament

### Rettet das Friedensprojekt Europa! Für Frieden. Für Menschenrechte. Für Europa.

Die Europäische Einigung brachte nach dem Zweiten Weltkrieg Versöhnung zwischen Feinden. Damit wurde die Europäische Union weltweit zum Friedensprojekt mit Vorbildcharakter. Heute brauchen wir dringender denn je eine Europäische Union, die für Frieden und Menschenrechte eintritt – zu Hause und jenseits ihrer Grenzen. Doch ab 2021 sind Milliardeninvestitionen für die europäische Rüstungsindustrie, gemeinsame Militäreinsätze und noch mehr Grenzsicherung geplant. Die Förderung von Frieden und Menschenrechten droht der Abwehr von Migration und Flucht zum Opfer zu fallen.

Wir sind überzeugt, dass die Europäische Union die Herzen ihrer Bürgerinnen und Bürger nur als Friedensprojekt und nicht als Militärmacht gewinnen wird.

Darum fordern wir die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf: Setzen Sie sich für eine Europäische Union ein, die bedingungslos für Frieden und Menschenrechte eintritt. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Europäische Union am Friedensprojekt Europa festhält und nicht zur Militärmacht wird.

Wir fordern, dass die Europäische Union ihre Stärken als Vermittlerin in Konflikten und als Bündnis für Frieden durch Kooperation und Zusammenarbeit in der Welt ausbaut. Den Europäischen Verteidigungsfonds lehnen wir ab. Der Vertrag von Lissabon verbietet die Finanzierung von Rüstungsprojekten und Militäreinsätzen aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union. Diese Grundsätze sollten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments verteidigen und stärken.

Lassen Sie nicht zu, dass die Europäische Union zur Abwehr von Flüchtenden und Migration Staaten aufrüstet, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen.

Wir fordern, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten keine Gelder zur Aufrüstung der Armeen und Milizen von Drittstaaten einsetzen. Das Europäische Parlament muss sich gegenüber den Regierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für die Verschärfung und strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für Rüstungsexporte einsetzen.



Stärken Sie die Mittel der Europäischen Union zur Förderung der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und der Menschenrechte.

- Church and Peace
- Ohne Rüstung Leben
- Ökumenische Konsultation Gerechtigkeit und Frieden

Wir fordern für den nächsten EU-Finanzrahmen (2021-2027) 7 Milliarden Euro für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedensförderung und 3 Milliarden Euro für die Förderung von Menschenrechten und Demokratie.

(Die vollständige Liste finden Sie auf der Webseite von pax christi: [www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de))

### Hintergrund

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union verhandeln 2019 über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027. Diese Entscheidung wird die europäische Politik in den nächsten Jahren maßgeblich prägen.

Es ist zu befürchten, dass das Parlament und die Mitgliedsstaaten

### Erstunterzeichnende des Aufrufs:

- Forum Ziviler Friedensdienst e. V. (forumZFD)
- pax christi – Deutsche Sektion
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
- Bund für soziale Verteidigung



der Europäischen Union sich dem Druck rechtspopulistischer Bewegungen beugen und in Zukunft noch mehr in die Abschottung der Außengrenzen und in militärische Sicherheitspolitik investieren: Ab 2021 sind neue Milliardenausgaben in gemeinsame Rüstungsprojekte, mehr gemeinsame Militäreinsätze und der Ausbau der Grenzsicherung geplant.

Die Förderung des Friedens und der Menschenrechte soll eingeschränkt werden, und sie droht vor allem zur Migrationsabwehr instrumentalisiert zu werden. Im Entwurf der Europäischen Kommission von Juni 2018 für den Finanzrahmen sind nur 1 Milliarde Euro statt bislang 2,3 Milliarden Euro für gewaltfreie Konfliktbearbeitung vorgesehen.

### Warum die Europäische Union nicht den Weg zur Militärmacht einschlagen sollte:

Der Europäische Verteidigungsfonds soll mit 13 Milliarden Euro für Rüstungsforschung und die Entwicklung neuer Waffensysteme ausgestattet werden. Darüber hinaus sollen 6,5 Milliarden Euro für militärische Mobilität, vor allem für schnelle Truppenverlegungen in Europa, zur Verfügung gestellt

werden. Dieser Einsatz von Mitteln aus dem Gemeinschaftshaushalt für den Verteidigungsfonds würde den endgültigen Abschied von der Europäischen Union als ziviles Friedensprojekt bedeuten.

Im zukünftigen Gemeinschaftshaushalt würde mehr als zehnmal mehr in Rüstungsförderung investiert als in Friedensförderung. Es ist zu befürchten, dass die milliardenschwere Subventionierung der europäischen Rüstungsindustrie aus dem Fonds zu noch mehr Waffenexporten führen wird.

Der Europäische Verteidigungsfonds verstößt gegen den Vertrag von Lissabon. Dieser verbietet die Finanzierung von Rüstungsprojekten und Militäreinsätzen aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union.

### Warum die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten keine Staaten aufrüsten sollten, die Krieg führen oder Menschenrechte missachten:

Aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union und mit einer neuen außerbudgetären „Europäischen Friedensfazilität“ sollen gemeinsame Militäreinsätze der EU

und die Ausrüstung von Armeen in Kriegs- und Krisengebieten unterstützt werden, zum Beispiel zur Migrationsabwehr. Damit würden die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten de facto ihre eigenen Regeln für Rüstungsexporte unterlaufen.

Der Europäische Rechnungshof kritisierte, die Ertüchtigungsprogramme, zum Beispiel in Mali und Niger, hätten keine nachhaltigen Ergebnisse gezeigt. Die Herausgeber und Herausgeberinnen des deutschen Friedensgutachtens 2018 warnen vor erheblichen Risiken dieser Programme für die Menschenrechte. Sie könnten zu noch mehr Gewalt führen, statt sie einzudämmen.

### Warum die Europäische Union gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Menschenrechte in Zukunft noch stärker unterstützen sollte:

Die Europäische Union ist eine der wichtigsten finanziellen Unterstützerinnen von gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Menschenrechten weltweit. Viele zivilgesellschaftliche Friedens- und Menschenrechtsorganisationen sind mehr denn je auf diese Unterstützung angewiesen. Denn die Zahl der gewaltsamen

Konflikte steigt wieder an, Menschenrechte und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger geraten in vielen Ländern unter Druck.

Bedeutung und Wirksamkeit der Instrumente der EU für Stabilität und Frieden sowie für Demokratie und Menschenrechte wurden erst 2017 in Gutachten bestätigt.

Die Europäische Union sollte sich nicht an der globalen Aufrüstungspirale beteiligen, sondern ihr wichtigstes Ziel verfolgen: „den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“



## Friedenspolitische Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

*Wie denken die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Europaparlament über Friedensthemen? Was planen sie zu Rüstungsexporten, atomarer Abrüstung und Friedenssicherung? Mit den vorbereiteten Wahlprüfsteinen können Sie nachfragen und die Antworten in Ihre Wahlentscheidung einfließen lassen. Stellen Sie ihnen die unten aufgeführten Fragen: im persönlichen Gespräch, auf Wahlveranstaltungen oder schriftlich mit Bitte um Stellungnahme.*

### Wahlprüfsteine der „Aktion Aufschrei“ zum Rüstungsexport

**Frage 1:**  
Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl im Europäischen Parlament und gegenüber der deutschen Bundesregierung für ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot einsetzen?

**Frage 2:**  
Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine Verschärfung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport und - angesichts der besonders hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen - für ein Exportverbot

von Kleinwaffen und zugehöriger Munition einsetzen?

**Frage 3:**  
Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein EU-Waffenembargo gegenüber den im Jemen-Krieg involvierten Staaten einsetzen?

**Frage 4:**  
Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl auf EU-Ebene für mehr Transparenz und eine vertiefte Berichtspflicht für die Mitgliedsstaaten einsetzen, die Begründungen für besonders strittige Rüstungsexporte einschließt?

**Frage 5:**

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein europäisches Aufsichtsgremium einsetzen, welches die konsequente und einheitlich restriktive Umsetzung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes durch die Mitgliedstaaten überwacht?

**Frage 6:**

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für die völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen einsetzen und eine Finanzierung der Entwicklung und Erforschung solcher Systeme durch Gelder des Europäischen Verteidigungsfonds ablehnen?

### Wahlprüfsteine zu Atomwaffen und Friedensentwicklung

In einer Zeit, in der atomare Aufrüstung wieder ernsthaft in Erwägung gezogen wird, ist es dringend notwendig, dass sich das Europäische Parlament klar für ein atomwaffenfreies Europa und das Verbot aller Atomwaffen ausspricht:

**Frage 1:**

Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandates dafür einsetzen, dass sich die Europäische Union (auch nach einer Kündigung des INF-Vertrages) gegen jede Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen auf

dem Boden ihrer Mitgliedsstaaten ausspricht?

**Frage 2:**

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für die komplette Abrüstung bzw. den Abzug aller Atomwaffen in den Mitgliedsstaaten der EU engagieren? Derzeit sind dies Belgien, Deutschland, Frankreich, [Großbritannien], Italien und die Niederlande.

**Frage 3:**

Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandates dafür einsetzen, dass die EU eindeutig Position für ein völkerrechtliches Verbot aller nuklearen Waffen bezieht und den Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten empfiehlt, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen?

*Sie können die Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl auch fragen, ob sie unsere Forderungen aus dem Aufruf „Rettet das Friedensprojekt Europa“ unterstützen. Nutzen Sie dazu die folgenden Fragen:*

**Frage 4:**

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass die Europäische Union am Friedensprojekt Europa festhält und nicht zur Militärmacht wird? Das bedeutet, die Rolle der EU als Vermittlerin durch Kooperation und Zusammenarbeit

in der Welt auszubauen und eine Finanzierung von Rüstungsprojekten und Militäreinsätzen durch die EU abzulehnen.

**Frage 5:**

Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandates klar dagegen aussprechen, dass die EU zur Abwehr von Flüchtenden und Migration Staaten aufrüstet, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen?

**Frage 6:**

Werden Sie im Falle Ihrer Wahl für eine deutliche Stärkung der Mittel der EU zur Förderung der gewaltfreien Konfliktbearbeitung, sowie von Frieden, Menschenrechten und Demokratie eintreten?

Quelle:

<https://www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen/friedenspolitik-wahlpruefsteine-europawahl-2019.html>





# Globalisierung der Rüstungsproduktion und unsere Gegenwehr

Studientag im Oktober 2018  
in Recklinghausen

Matthias Cronauer

*Am 13. Oktober fand im Paulushaus in Recklinghausen ein Studientag statt zum Thema Rüstungsexport, konzentriert auf den Gesichtspunkt der zunehmenden Globalisierung der Rüstungsproduktion. Der Tag war organisiert worden von der pax christi-Regionalgruppe Recklinghausen. Als Referentin konnte Charlotte Kehne von „Ohne Rüstung Leben“ gewonnen werden.*

Offenbar häufiges Bild bei Studientagen: Die Referentin war hervorragend, die Organisation hat geklappt, die Zahl der Teilnehmenden war ein wenig enttäuschend: gut für das Arbeitsklima, schlecht für die Breitenwirkung. Bis auf 3 Teilnehmer\*innen kamen alle aus der Recklinghäuser Gruppe.

Die interessierten Teilnehmer\*innen hatten natürlich ein gewisses Vorwissen. Die Referentin hat es verstanden, diesem Vorwissen eine brauchbare Struktur zu geben durch Auffüllung von Wissenslücken, systematische Darstellung/Bearbei-

tung und, ganz wichtig, Verständnis für Abläufe, nicht nur bei der Genehmigung von Rüstungsexporten.

Es ist nicht möglich, hier die Erkenntnisse des Studientages umfassend darzustellen, aber für einige willkürlich herausgesucht Kernpunkte und zugegebenermaßen verkürzte und aus dem Zusammenhang genomene Zitate soll es versucht werden:

Anspruch: „Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ (vor über 10 Jahren): Die Lieferung von Kriegswaffen

und kriegswaffennahen(!) sonstigen Rüstungsgütern wird nicht genehmigt in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht, in denen der Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden. Export von Kriegswaffen in Drittstaaten wird grundsätzlich nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen ausnahmsweise für die Genehmigung sprechen... Wohl gemerkt, das ist kein Gesetz, sondern eine Art Selbstverpflichtung der Regierung.

Kriegswaffenkontrollgesetz: Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Gefahr besteht, dass die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden.

Außenwirtschaftsgesetz: Die Genehmigungen können versagt werden, um eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhüten und um eine erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen zu vermeiden.

Realitäten: Abgesehen von der Unverbindlichkeit mancher Regelungen und Undurchsichtigkeit mancher Genehmigungsverfahren ergeben sich Möglichkeiten, Be-

schränkungen zu umgehen. Durch Verlagerung der Produktion ins Ausland zu Tochterfirmen (Rheinmetall Italia), durch Firmenbeteiligungen (Rheinmetall-Demel in Südafrika), durch Aufbau ganzer Produktionsfirmen im Ausland oder durch ‚Export‘ von sachverständigen Firmenmitarbeitern. Eine Produktion von dt. Panzern, von Rheinmetall angedacht, in der Türkei durch türkische Firmen in türkischen Fabriken unter Anleitung von dt. Sachverständigen der Fa. Rheinmetall wäre zur Zeit weder überprüfbar noch verhinderbar, wenn dabei keine dt. spezifischen Werkzeugmaschinen oder Bauteile oder offizielle Blaupausen benutzt werden würden; zugegeben, ein nur nicht 100%ig realistisches Szenario.

Die Zahl der Arbeitsplätze der Rüstungsindustrie liegt je nach Berechnung [Mischproduktion] zwischen 20000 und 300000 einschl. Zulieferer; der Anteil am Außenhandel betrage nur <1%, ist regional aber teilweise von großer Bedeutung.

Was können wir tun?

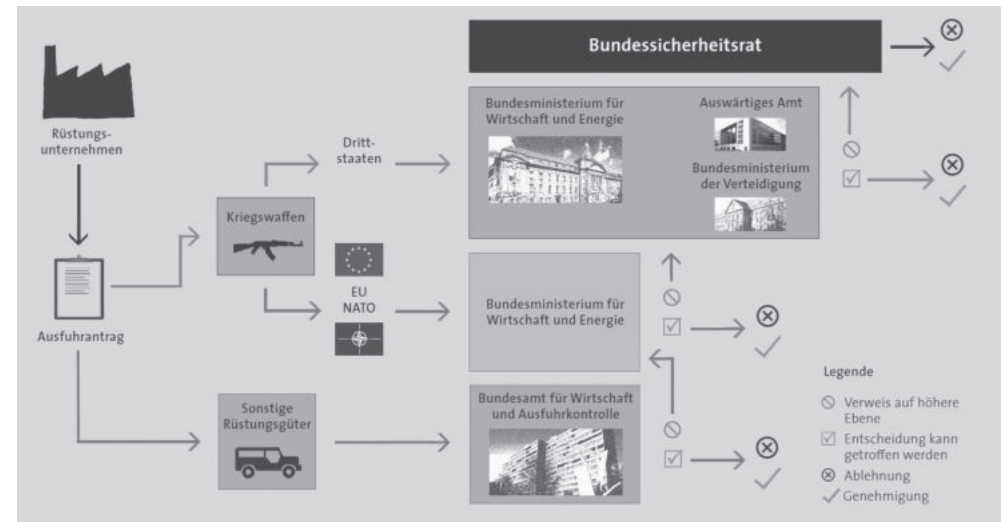
- Auch eine ‚Umstellung‘ unserer Sprache. Es wird gesprochen von Sicherheitstechnologie, Verteidigungstechnik, Wettbewerbsfähigkeit. Es handelt sich aber um den Export zumindest potentiell und langfristig todbringender Materialien.

- Der informative Sektor: Wissen über Rüstungsexport, beispielsweise aber nicht nur, auf den Webseiten von „Ohne Rüstung leben“ (Juergen Grässlin hatte bei seinem Vortrag in Münster, der von pax christi Münster veranstaltet wurde, schon darauf hingewiesen, wie wichtig die Verbreitung von Wissen durch Vernetzung ist).
- Kontakte mit Parlamentariern.
- Präsenz in der Öffentlichkeit; ein schlechter Ruf in der Öffentlichkeit beeinträchtigt die rüstungsexportierenden Unternehmen bekanntlich nicht, macht aber das politische Umfeld, in dem sie arbeiten, unberechenbarer.

- Kontakte in die Wirtschaft: „Kritische Aktionäre“

Gewisse kleinere Erfolge sind erkennbar: Heckler&Koch habe eine Art „Grüner Liste“ (ohne Altverträge), wonach Waffen nur noch an NATO-Staaten (und Staaten, die diesen gleichgestellt sind) geliefert werden sollen. Daimler ist fast rüstungsfrei. Gegen Mitarbeiter von Heckler&Koch gab es einen Prozess wg. der Waffenlieferungen nach Mexiko.

Konkrete Mobilisierung ist nur erfolgversprechend, wenn es sich lohnt, wenn ‚ich‘ davon betroffen bin, wenn ‚meine‘ Sprache gesprochen wird.



Ablaufschema für Rüstungsexportgenehmigungen (Quelle: Ohne Rüstung Leben, kompakt: Der Genehmigungsprozess bei deutschen Rüstungsexporten)

# „Menschenrechte nur im „Set“ zu haben“

Hans-Werner Paschke

*Auf Einladung der pax christi - Gruppe Sendenhorst und des Deutsch-Ausländischen Freundeskreises Sendenhorst e.V. referierte der emeritierte Münsteraner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Wichard Woyke am 10.12.2018 über das Thema „Menschenrechte – Flüchtlinge – Asyl in Deutschland 2018 – Eine Bestandsaufnahme“.*

Der Referent ging zunächst auf die Geschichte der Menschenrechte ein, bevor er sich detaillierter mit der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ durch die UN im Jahre 1948 befasste. Dort heißt es im grundlegenden Artikel 1: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begeben.“

Laut Referent sind „Menschenrechte“ „besondere“, grundlegende Rechte, die jedem Menschen ohne Vorbedingung aufgrund seines „Menschseins“ zustehen und die ihm als „unveräußerliche“ Rechte eigen sind. Sie sind „unteilbar“: Bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte bedingen sich gegenseitig.

Sie gehören untrennbar zusammen und sind nur, so der Referent, im „Set“ zu haben. Menschenrechte sind komplexe Rechte. Auf eine Kurzformel gebracht, stellen sie laut Referent moralisch begründbare Ansprüche dar, die mittels politischer Entscheidungsprozesse als „positive“ Rechte verankert, inhaltlich ausgestaltet und umgesetzt werden sollen. In diesem Zusammenhang wies der Referent auf die „Europäische Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ hin, die 1953 in Kraft getreten ist und die für alle Mitgliedsstaaten des Europarates gilt. Erfreulich sei, dass junge Europäer zwischen 16 und 26 Jahren, gefragt nach den Werten, die die EU für sie habe, nach „Frieden in Europa“ bereits an zweiter Stelle „Menschenrechte“ nannten.



Aufmerksame Zuhörer\*innen während des Vortrags.

Im weiteren Verlauf seines Vortrags befasste sich der Referent ausführlich mit der seit langem schon diskutierten Flüchtlingsfrage. In Artikel 14 der Menschenrechtserklärung von 1948 heißt es: „(1) Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen. (2) Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich auf Grund von Verbrechen nicht politischer Art oder auf Grund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.“ In Deutschland ist das Recht auf Asyl ein Grundrecht, das in Artikel 16a des Grundgesetzes explizit formuliert ist. Im Rahmen der Definition des Begriffs „Flüchtling“ bemän-

gelte der Referent dass die Begriffe „Flüchtlinge“ und „Asylbewerber“ häufig vermischt werden.

Dann ging der Referent auf die vielfachen Fluchtursachen ein und skizzierte besonders wichtige Rechte für Flüchtlinge, sowie die Entwicklung der Flüchtlingszahlen in Deutschland, Europa und weltweit in den letzten Jahren, wie viele Menschen und woher sie kommen, wo die meisten Menschen auf der Flucht sind und was die Hauptaufnahmeländer sind. Dabei wurde deutlich, dass die Hauptzahl der Flüchtlinge in der Welt Binnenflüchtlinge sind und dass weitaus ärmere Länder in der Welt wesentlich mehr Flüchtlinge aufnehmen als Deutschland, besonders auch,



Referent Prof. Dr. Wichard Woyke

wenn man die Zahl der Schutzsuchenden zur Einwohnerzahl des jeweiligen Aufnahmelandes ins Verhältnis setzt. Die Fluchtrouten wurden beschrieben und dabei besonders auch die zentrale Mittelmeerroute.

Weiter befasste sich der Referent mit der Frage, wer in Deutschland bleiben darf, wer nicht, was „subsidiärer“ Schutz bedeutet und wie sich die Abschiebungen in den letzten Jahren in Deutschland entwickelt haben bzw. was die Gründe für eine Aussetzung der Abschiebung sind. Der Referent ging auch auf den Asylkompromiss im Jahr 1993 ein. Seitdem können

Menschen, die aus einem sicheren Land einreisen, in dem man als Flüchtling Schutz finden kann, in Deutschland kein Asyl mehr beantragen („Drittstaatenregelung“), es sei denn, sie erreichen Deutschland mit dem Flugzeug. Weitere Punkte des Vortrags waren die Entwicklung der Staatsausgaben für die Flüchtlinge in Deutschland, Fragen der Ausbildung und Beschäftigung von Flüchtlingen, sowie die Hemmnisse für eine Beschäftigung von Flüchtlingen. Abschließend streifte der Referent schließlich auch noch den UNO-Migrationspakt. Dann begann eine langanhaltende Diskussion der Fragen, die im Rahmen des Vortrags aufgeworfen worden waren.

## Dr. Ferdinand Kerstiens feiert sein diamantenes Priesterjubiläum

Eberhard Ockel

*Am Sonntag, dem 24. Februar 2019 feierte unser langjähriges pax christi-Mitglied und langjähriger Geistlicher Beirat und langjähriges Mitglied der Redaktion unserer Korrespondenz, 60 Jahre Priester-Leben.*

Die Jubiläums-Feier begann mit einer sehr festlichen Messe 10.30 Uhr in St. Heinrich in Marl, wo Ferdi (so nennen ihn seine pax christi-Freund\*innen) mehr als 20 Jahre als Pfarrer gewirkt hat. Er selbst zelebrierte und hielt zu Beginn eine kurze Ansprache, in der er die Wandlung seines Priesterbildes im Lauf der Jahre reflektierte und auch vom Wandel des Eucharistieverständnisses sprach: von der priesterzentrierten Sicht zum Vermächtnis Jesu an die Gemeinden mit der Verheißung seiner Nähe. Er dankte der zahlreichen Gemeinde von Nah und Fern, dass sie zu dieser Veränderung beigetragen und ihn darin getragen habe. Er dankte dem Chor, der dreimal mit sehr schönen mehrstimmigen Chorsätzen sang, und der zur Zeit seiner Gemeindeleitung gegründet worden war.

Die sehr einfühlsame und eindringliche Predigt von Norbert Arntz fokussierte seine Überlegungen zur Heilung einer verdorrten Hand am Sabbat auf Brüche in der Weltkirche, deren größter und einschneidendster sich gerade abzeichne. Die Predigt finden Sie in dieser Ausgabe vollständig abgedruckt.

Für viele Gäste war ein bewegender Moment, dass beim Hochgebet neben Ferdi und dem Ortspfarrer drei Frauen standen und Teile des Hochgebetes sprachen. Die ganze Gemeinde sprach die Einsetzungsworte mit, getreu dem Grundsatz, den Ferdi eingangs formulierte, dass der Priester mit der Gemeinde gemeinsam unterwegs ist und nicht über eine Sondervollmacht verfügt, die ihn über die Gemeinde stellt.

Im Saal des Gemeindehauses waren für alle Tische und Stühle bereitgestellt und alle, die kamen, wurden mit einem Begrüßungsschluck willkommen geheißen.

seit Studienzeit, der Verbindungen mit der Theologie der Befreiung in Brasilien und nicht zuletzt seine Aktivitäten für pax christi. Christel wurde von den Rednern, darunter



Ferdinand Kerstiens mit einem Teil seiner Gäste.

Grußworte, die Theo Heeck vom Brasilienkreis moderierte, erinnerten aus der Sicht des geistlichen Leiters der Gastkirche Recklinghausen, Ludger Ernsting, an Ferdis Mitwirkung im Freckenhorster Kreis und repräsentierten und würdigten stellvertretend seine verschiedenen Initiativen der Pastoral, der spirituellen Begleitung, der Freundschaft

zwei evangelische Pfarrer und Magdalene Bußmann (IKvu und „Wir sind Kirche“) wie selbstverständlich in Dank und Lob einbezogen. Erinnert wurde an Ernesto Cardenal und dessen kirchenoffizielle Rückversetzung in den Klerikerstand - auch an seine Psalmendichtungen, die wieder lieferbar sind.

Die Feier klang aus mit schmackhafter Suppe in dreierlei Gestalt - so konnte jeder und jede nach Gusto auswählen. Die Gespräche an den Tischen waren geprägt von den

vielen, die sich, zum Teil nach vielen gemeinsamen Jahren, aus diesem Anlass wiedertrafen.



Ferdinand Kerstiens und Christel Bußmann im Gespräch.



# Umkehr zur Jesusgerechten Kirche im Dienst an einer menschengerechten Welt

Predigt zum 60jährigen Dienstjubiläum von Pfarrer Ferdinand Kerstiens, Marl

Norbert Arntz

## Biblische Texte

Aus dem Propheten Jesaja

(58, 1-9a)

Aus dem Markus-Evangelium

(3,1-6)

Ferdi hat uns eingeladen, mit ihm zusammen zu feiern, um an sechzig Jahre im Dienst der Kirche zu erinnern. Ferdi erkennt dankbar an, wie viel mehr er in den vergangenen sechzig Jahren durch die Gemeinde, durch uns - die Weggefährtinnen und Weggefährten - geworden ist als kraft eigener Leistung. Dabei spielt Christel Bußmann eine besondere Rolle. Sie hat mit Ferdi ein Zuhause geschaffen, aus dem er bis heute seine Kraft schöpft für seine hoffnungsvoll widerständige Hartnäckigkeit. Er kann Freude und Hoffnung uneingeschränkt teilen. Er weiß sich in Trauer und Leid von

Christel mitgetragen. Mit Deinem Dank, lieber Ferdi, Erinnerst Du zugleich uns alle daran, dass in jeder und jedem von uns ein göttlich Kostbares steckt, das in den anderen nicht ist.

## „Umbrüche“

Eine List des Heiligen Geistes hat uns zu dieser Stunde hier in Sankt Heinrich in Marl zusammengeführt; zu einer geschichtlichen Stunde, in der ein bestimmtes Kirchenmodell sein Damaskus erlebt. Es fällt vom hohen Ross. Als „Umbrüche“ hat Ferdi bereits seine lebens- und kirchengeschichtlichen Erinnerungen bezeichnet. In diese Umbrüche waren wir alle zu dieser oder jener Zeit, passiv oder aktiv, mehr oder weniger einbezogen. Die Umbrüche, von denen Ferdi erzählt, verstehe ich als Passagen eines ganzheitlichen Um-

kehrprozesses zu einer Jesusgerechten Kirche. Drei solcher Passagen möchte ich hier in Erinnerung rufen:

1. Der Bruch im Weltbild, der Zusammenbruch des „Christlichen Abendlandes“ - erkennbar in seinem schändlichsten Symbol Auschwitz. Rudolf Höss – der Kommandant von Auschwitz – hat das gleiche Credo und das gleiche „Vaterunser“ gesprochen wie seine Opfer Edith Stein und Maximilian Kolbe. Der Gott des Rudolf Höss jedoch ist ein anderer als der Gott des Maximilian Kolbe und der Edith Stein.

Dem war fünfhundert Jahre zuvor ein anderer Bruch des „Christlichen Abendlandes“ voraufgegangen. Daran haben uns die Freundinnen und Freunde aus Lateinamerika im Jahr 1992 erinnert: Sie wollten nicht „500 Jahre Evangelisierung“ feiern, wie es der Vatikan verlangte. Sie wollten 500 Jahre Widerstand begehen gegen den Eroberungszug der Europäer mit seiner breiten Blutspur. Damit lehrten sie uns ebenfalls die Unterscheidung der Götter: Der Gott des Bartolomé de las Casas ist ein anderer als der Gott des Hernan Cortez.

2. Dieser Bruch im Weltbild hat vor sechzig Jahren einen zweiten Umbruch bewirkt: Der Bruch im Kirchenbild.

Wenige Wochen vor Ferdis ADSUM bei der Priesterweihe, seinem „Hier

bin ich: Sende mich!“ (vgl. Jesaja 6,8), hatte Papst Johannes XXIII. am 25. Januar 1959 die Konzilsidee in die Welt gesetzt. Zum ersten Mal in der Geschichte kommen im II. Vatikanischen Konzil „Menschen aus allen Völkern und Nationen zusammen [...] zur Heilung der Narben der beiden Kriege, die das Antlitz aller Länder tief verändert haben.“ (Johannes XXIII. Rundfunkansprache v. 11. Sept. 1962). Johannes leitet der Gedanke: Die Kirche hat der Menschheit zu dienen. Das Konzil bricht im Prinzip mit der Konstantinischen Ära von 1500 Jahren. Durch Johannes und die Bischöfe des Katakombenpakts wird die Kirche der Armen wiederentdeckt; in Medellín 1968 – im Pfingsten Lateinamerikas – zum Leitfaden für die dortige Kontinentalkirche. Daraus erwachsend die Begegnung mit den Kirchenvätern und Kirchenmüttern der Basisgemeinden in Palmares und Sol Nascente/Brasilien, mit den Prophetengestalten Dom Helder Camara, Antonio Fragoso, Paulo Evaristo Arns, Adriano Hypólito. Die Begegnungen mit ihnen haben uns in Wahrheiten eingeführt, die wir noch nicht entdeckt hatten. Seitdem verwechseln wir die Jesusbewegung der kleinen Leute nicht mehr mit einer feudaler hierarchischen Kirchenstruktur.

3. In diesen beiden Umbrüchen bereitet sich ein dritter vor: der Bruch

des Gottesbildes.

Ein Bruch mit dem traditionellen Gottesbild, das Gott und Macht stets aneinander bindet. Gott als allmächtige Macht oberhalb aller irdischen Realitäten verdoppelt nur die Macht der Mächtigen dieser Erde. Das Evangelium des Ersten und Zweiten Testaments dagegen offenbart einen Gott, der einer völlig anderen Logik folgt. Der Gott des Jesaja und der Gott Jesu ist der „Abba-Vater - unsterblich ins Leben der Menschen verliebt“.

Der Gott des Evangeliums ist nicht der Konkurrent der Menschenwürde. Gott steht gerade an der Seite derer, denen diese Würde vorenthalten wird. Die Gottheit des Lebens ist die Anstifterin zum Aufstand gegen das Unrecht, das Menschen den Tod bringt. Dieser Gott braucht keine Religion. Mit den Worten des ermordeten Bischofs Romero: „Gott wird geehrt, wo und wenn die Armen leben können.“ Und mit den Worten Jesajas: „Das ist ein Fasten, das ist ein Gottesdienst, wie ich ihn liebe: /die Fesseln des Unrechts zu lösen, /die Stricke des Jochs zu entfernen, die Versklavten freizulassen, / jedes Joch zu zerbrechen.“ (Jesaja 58, 6 ff.)

Dass wir - allem Missbrauch von Macht, Gewissen und Sexualität zum Trotz - diese Einsichten noch nicht aus dem Gedächtnis verloren haben, können wir nur als List des

Heiligen Geistes verstehen. Von ihm haben wir uns mit Ferdi antreiben lassen.

### Umkehr zum Evangelium

So kann, was wir als Bruch erfahren, was uns als „Krise“ erscheint, ein weiterer Schritt der Umkehr werden, eine Zeit der Gnade sein. Möglicherweise entstehen Bedingungen, in denen das Evangelium auf neue Art und Weise zu uns spricht. Vom hohen Ross gefallen - wie Paulus vor Damaskus - wird die Kirche das Projekt Jesu neu entdecken.

Wenn wir aus dieser Perspektive das heutige Evangelium wieder lesen, gehen uns die Augen auf. In der eben gehörten Szene aus dem Markusevangelium erkennen wir das ganze Projekt Jesu - wie in einem Prisma. Eine Art Welt drama in einem unbedeutenden Winkel des Imperiums, in der Synagoge von Kafarnaum.

Die Szene findet an einem Sabbat in der Synagoge statt. Der Sabbat – Bundeszeichen zwischen Gott und Gottes Volk – verkommt unter den „Gottesbesitzern“ zum Maßstab für Gesetzesgehorsam und Hörigkeit. Der Blick Jesu fällt auf einen Mann mit einem gelähmten Arm. Auf einen Mann, der sein Leben nicht mehr mit seiner Hände Arbeit sichern kann. Plötzlich unterbricht

Jesu den Gottesdienst und sagt zu dem Mann: „Steh auf und stell dich in die Mitte.“ Die Verwalter der Religion beobachten ihn genau. Ist es nicht eine Provokation, einen kranken Menschen am Sabbat in die Mitte der Synagoge zu stellen? Bedeutet das nicht, den Menschen an die Stelle Gottes zu setzen? Jesus fordert alle Anwesenden mit seiner bitter ironischen Frage heraus: „Was ist am Sabbat erlaubt: Gutes zu tun oder Böses, ein Leben zu retten oder es zu vernichten?“ Sein Glaube an den Gott, der unsterblich ins Leben der Menschen verliebt ist, macht ihn empört darüber, dass Gottesdienst und Menschendienst gegeneinander ausgespielt werden: „Er schaut sie alle der Reihe nach an, voll Trauer und Zorn über ihr verstocktes Herz“. Jesus rebelliert gegen krankhaftes Verhalten aus religiösen Wurzeln (gegen Untertanengeist, Heuchelei, Rigorismus). Die Verwalter der Religion schweigen, aber Jesus heilt den Kranken. Er bricht das Gesetz des Sabbats. Der empörte Jesus erinnert an das Bündnis fürs Leben, das Gott und Gottes Volk geschlossen hatten. Gottes Wille sucht immer nach Leben und Befreiung. Religion, die menschliches Leid zu ignorieren trachtet, ist Götzendienst. „Der Sabbat ist für den Menschen gemacht und nicht der Mensch für den Sabbat“ (Mk 2,27). Nicht Gott schließt aus, sondern menschengemachte

Gesetze und Institutionen. Nicht Gott marginalisiert, sondern Religionsverwalter, gleich welcher Couleur. Seitdem hätte klar sein können, dass niemand im Namen Jesu ausgeschlossen werden darf; dass Jesus zu folgen, bedeutet, vor keinem „Unreinen“ entsetzt zu sein, keinem Ausgeschlossenen das Willkommen zu verweigern. Für Jesus ist entscheidend der leidende Mensch, nicht das Gesetz. Kein Gesetz irgendeiner gesellschaftlichen Institution hat Vorrang vor dem Leben des Menschen, weder das Gesetz eines Staates noch das einer Kirche. Darüber sind die Verwalter der Religion empört. Sie planen deshalb seinen Tod, statt sich mit dem Geheilten zu freuen.

Die Umkehr zum Jesus des Evangeliums lässt uns besser erkennen, was die Geschichten der Evangelien erzählen. Sie erzählen nicht, welche übermenschlichen Wundertaten ein privilegierter Gottessohn getan hat. Sie erzählen, was Jesus – von seinem Gottesglauben angestiftet – tut. Sie erzählen, was Menschen durch Jesus an sich selbst erfahren. Er befreit von Ängsten, treibt nicht in sie hinein. Er rückt die Liebe Gottes zum Leben in die Mitte, nicht das Gesetz. Er weckt Compassion (Mitgefühl), nicht Resignation. Die Geschichten erzählen, wie Menschen umkehren, wie sie ihre Sicht auf die Welt, auf die Kirche, auf Gott

verändern, sobald sie mit Jesus in Kontakt kommen. Die Bekehrten erzählen, wie sie sich selbst als Töchter und Söhne Gottes erkennen. Umkehr tut gut.

Sie sind es, die diese Geschichten niederschreiben. Damit andere nach ihnen sie sich weiter erzählen und gleiche Erfahrungen machen können. Auch wir erzählen sie uns wieder, um uns nicht dem Geist dieser Welt zu unterwerfen (vgl. Röm 12, 2), sondern den Weg Jesu zu gehen. Mit uns geschieht etwas, wenn wir nicht an Jesus glauben, sondern wie Jesus glauben. Die Umkehr befähigt uns, mit unserem kleinen Leben an Gottes großem Projekt mitzuwirken, eine menschengerechte Welt zu schaffen.

Wenn wir heute auf sechzig Jahre Wegstrecke zurückblicken, werden wir vielleicht erkennen, dass wir darin erst ganz kleine Schritte der Umkehr zu beginnen wagten. Aber wir werden uns dessen nicht gram sein. Die Umkehr zum Jesus des Evangeliums ist nie zu Ende und kein Schritt vergeblich. „Jesus kann immer noch die geistlos gewordenen Schablonen zerbrechen, in denen wir uns anmaßen, ihn gefangen zu halten“, sagt Papst Franziskus. (Evangelii gaudium Nr. 11)

Und Ferdi macht uns Mut mit seiner Einsicht: „Die große Hoffnung auf die neue Welt Gottes, in der alle Platz haben und die wir das Reich Gottes nennen - diese große Hoffnung geschieht immer im Tun des nächsten Schritts“. So sei es.

## Ein Großer unserer Zunft. Ein Grußwort zum Jubiläum

Lieber Ferdi, ich weiß nur das von dir, was du deiner Autobiografie anvertraut hast, und was ich seit 2009 im Kreis des Vorstands und auf Pilgerreisen mit dir erleben durfte.

Eberhard Ockel

- F**ast ein ganzes Jahrhundert beschaust du dank göttlicher Gnade; zeugt doch dein Jubiläum schon von dem gnädigen Gott.
- E**iniges wie gesagt, weiß ich und will diese Kenntnis nicht missen: Muster bist du fürwahr für einen aufrechten Mann.
- R**edetest immer, so lernt ich dich kennen, authentisch und Klartext; doch wahrtest dabei die Form, so dass man gern auf dich hört.
- D**eine besondere Nähe zu Recht und Gerechtigkeit: spürbar wirkt sie sich aus in dem Wunsch: spend dem Brasilienverein!
- I**mmmer auch hatt ich den Eindruck, dass du bist nah an den Menschen, Anteil nimmst und nimmst wahr auch ihre Hoffnung und Angst.
- N**eben dir steht deine Christel - fast scheint sie mir manchmal als Engel, den geliehen dir Gott - wer sonst passt treu auf dich auf?
- A**lles, was geistlich du wirkst, du könntest es schwerlich bewirken, gäb diesen Engel es nicht, dir im Alltag zur Seit.
- N**icht zu vergessen das kritische Ohr, das empathische Auge Sorge - im Stillen - zudem, wie man gesund dich erhält.
- D**iese Beziehung, so denk ich, kann nur sein von Gott selbst gestiftet: ein ganz besonderer Mensch vor, neben und hinter dir.
- K**raftreserven spendete sie, wenn Auseinandersetzungen: mal Bischof, mal Politik kosteten all deine Kraft.
- E**infallen mir dazu zwei Märchen, die ganz zu Unrecht vergessen: Boten des Todes bekannt machen sie und Lebenszeit.
- R**eichlich - ich seh's - sind die Menschen, die sich beschenkt von dir fühlen; beispielhaft nannte ich dich, Vorbild für Spiritualität.
- S**alz in der Institution, die dich bis heute ertragen, bist du gewiss mittendrin, immer mal wieder auch Licht.
- T**heologie, wie du sie verstehst, ist menschliche Führung: Glaube im Alltag gewiss, Nachfolge in Jesu Sinn.
- I**nnertes Streben war und ist dir und wird es stets bleiben: Dass durch dich und dein Tun Himmelreich mög' werden wahr.
- E**insichtig sind deine Worte, plausibel und dringen zu Herzen; dadurch hast du auch geformt Menschen um dich herum.
- N**icht kann ich vorstellen mir, dass deine Worte erreichen jemanden, der überzeugt, dass Frieden erreicht wird durch Krieg.
- S**egen gleichwohl wirke durch dich auch künftig pax christi!  
Wo du bist, herrsche Schalom, stecke uns damit an!

## Rezension

### Adelheid Bahr (Hg.): Warum wir Frieden und Freundschaft mit Russland brauchen

Maria Buchwitz

Die Aufkündigung des INF - Vertrages im Februar 2019 von Seiten der USA und der Russischen Föderation ist einer von zahlreichen Bausteinen eines neuen Rüstungswettlaufs zwischen der NATO und Russland. Viel Zeit bleibt nicht mehr, bis die Aufkündigung Anfang August dieses Jahres in Kraft tritt, um beide Seiten zu vertrauensbildenden Maßnahmen zu bewegen: wie wechselseitigen Inspektionen und Rüstungskontrolle. Die neue Konfrontationspolitik bedroht gerade die europäischen Sicherheitsinteressen, weshalb es höchste Zeit ist, sich für eine neue, konstruktive Entspannungspolitik mit Russland einzusetzen.

Das vorliegende Buch von Adelheid Bahr erscheint daher genau zum richtigen Zeitpunkt. Gemeinsam mit 25 Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Gesellschaft hat sie einen brandaktuellen Aufruf für eine neue Friedenspolitik verfasst. Die Beiträge von Egon Bahr, Peter Brandt, Justus Frantz, Matthias



Platzeck, Konstantin Wecker, Gabriele Krone-Schmalz, Wolfgang Kubicki, Antje Vollmer und anderen eint die mehr als berechtigte Sorge, dass wir uns mit großen Schritten auf dem Weg zurück in den Kalten Krieg - möglicherweise in einen neuen großen Krieg befinden.

Gleich zu Beginn des Buches ist es hochinteressant, die Rede von Egon Bahr nachzulesen, die er anlässlich der Verleihung des Dr. Friedrich Joseph Haass-Preises 2015 über die Verantwortungspartnerschaft mit Moskau und Washington gehalten hat. Auch die weiteren Beiträge der Publizistin Daniela Dahn und der Grünen-Politikerin Antje Vollmer stellen die Anknüpfung an die Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr in den Mittelpunkt, die auf vertrauensbildenden, intensiven Gesprächen beruhte, dem Kennen und ernst nehmen der Interessen der anderen Seite, ohne ihr die eigene Vorstellung von Demokratie aufzwingen zu wollen. Im Gegensatz dazu, so Vollmer, wird heute „weltweit lesbar getwittert und geschurigelt (Trump) oder kurz telefoniert und dann über Pressesprecher verkündet, was von der russischen Seite aktuell einzufordern sei (Merkel), oder gleich per Pressestatement verlautbart, welche Moral der russischen Seite abzuverlangen sei, bevor man gnädigerweise mit dem Dialog beginnen könne (Maas)“.

Natürlich fehlt auch die Stimme der ehemaligen ARD Russland-Korrespondentin Gabriele Schmalz-Krone nicht, die für einen Perspektivwechsel eintritt, um zu verstehen, was die andere Seite antreibt. Ihr Fazit: „Deeskalieren, vermitteln,

sich in die Lage anderer versetzen – das hat nichts mit Schwäche zu tun, sondern mit politischer Weitsicht, mit menschlicher Größe und mit den christlichen Werten, die so viele im Munde führen“.

Ein anderer wichtiger Aspekt in vielen Beiträgen u.a. des ehemaligen SPD - Vorsitzenden Matthias Platzeck und des Dirigen-

ten und Pianisten Justus Frantz ist die historische Verantwortung, die unser Land gegenüber Russland hat und die uns als Brückenbauer einer neuen Entspannungspolitik prädestiniere. Dem Vernichtungskrieg, den die Deutschen 1941-1945 gegen die sowjetische Bevölkerung geführt haben, sind ca. 27 Millionen Menschen zum Opfer gefallen, mehr als die Hälfte waren Zivilisten. Daniela Dahn bringt es auf den Punkt: „Dafür, dass zur deutschen Staatsraison die Sicherheit Israels gehört, gibt es unabweisliche Gründe. Sie beruhen auf historischer Verantwortung. Aus denselben Gründen gebietet es sich, auch die Freundschaft zu Russland zur Staatsraison zu erheben“. Der

*Adelheid Bahr (Hg.): Warum wir Frieden und Freundschaft mit Russland brauchen. Westend Verlag 2018, 208 Seiten, ISBN-10: 9783864892363, 18 Euro*

Schriftsteller Wolfgang Bittner stellt gleich in seiner Überschrift die Frage: „Was um Himmels willen treibt Deutschland gegen Russland?“ Er erinnert an die jahrhundertlang intensiven Handelsbeziehungen zwischen Deutschen und Russen und den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch. „Was wäre unsere Kultur ohne die russische Literatur, Kunst, Musik, ohne das russische Theater?“ fragt er. Ebenso hebt Justus Frantz die wichtige Rolle gemeinsamer kultureller Projekte hervor, wie den deutsch-russischen Jugendaustausch und die 1990 von ihm gemeinsam mit Valery Gergiev gegründete Deutsch-Sowjetische Junge Philharmonie.

Dauerhaften Frieden in Europa kann es nur mit Russland geben – das zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch. 94% der Deutschen halten heute gute Beziehungen zu Russland für wichtig - so das Ergebnis einer umfangreichen Studie des forsa-Instituts für Politik und Sozialforschung aus dem Jahr 2018. Kaum mehr vorstellbar ist, dass die Ablösung der Militärbündnisse

Warschauer Pakt und NATO durch eine gesamteuropäische Friedensordnung unter Einbeziehung Russlands im Grundsatzprogramm der SPD von 1989 gefordert wurde. Die Erweiterung und zunehmende militärische Ausstattung der NATO sowie die Aufstockung des Rüstungsetats um 12 Milliarden Euro jährlich sprechen heute eine deutlich andere Sprache. Und: in den öffentlich-rechtlichen Medien sowie in Parteien von CDU/CSU über die SPD und die Grünen wird neuen Feindbildern Vorschub geleistet und Verletzungen des Völkerrechts mit zweierlei Maß beurteilt, je nachdem ob sie von Russland oder den USA ausgehen. Dass gerade der Abbau von Feindbildern, Vertrauensbildung und gute diplomatische Beziehungen für den Erhalt des Friedens notwendig sind, steht außer Zweifel.

Die ganz verschiedenen Blickwinkel, aus denen zum Thema geschrieben wird, machen das Buch zu einer spannenden und bereichernden Lektüre – absolut zu empfehlen!

## Rezension

### Margit Eckholt/ Georg Steins (Hg.): Aktive Gewaltfreiheit. Theologie und Pastoral für den Frieden

Eberhard Ockel

Dass es sich hier um eine Festgabe zum 60. Geburtstag von Martina Blasberg-Kuhnke, der Osnabrücker Pastoraltheologin und Religionspädagogin handelt, entnimmt man erst aus der Lektüre des Vorworts, das die Gewaltfreiheit als schöpferische und allen Religionen einigende Kraft bezeichnet. Gegen die weltweite Gefährdung dieser Kraft wird die Zuversicht gesetzt: Gott ist ein leidenschaftlicher Freund allen Lebens.

Norbert Mette (10ff) mit dem religionsvergleichenden Artikel und Georg Steins (36ff) mit seiner biblischen Spurensuche setzen gewissermaßen den Grundakzent des Bandes, der Hoffnung weckt auf die gemeinsamen friedlichen Wurzeln der Schriftreligionen Christentum, Judentum und Islam, die reichlichen biblischen Grundlagen kreativer Gewaltfreiheit betont und dem Fetisch erlösender Gewalt eine entschiedene Absage erteilt. Rauf Ceylan fordert eine theologische Aufarbeitung des religiösen



Fanatismus in jeder Ausprägung, während Susanne Klinger für Toleranz eintritt und Wahrheit in vielen Differenzierungen zu respektieren anmahnt.

Frauen als besonders gefährdete Friedensbot\*innen erläutert beispielreich die Herausgeberin,

während Judith Könemann Friedensbildung als Unterrichtsprinzip propagiert, ohne allerdings Beispiele für die Umsetzung anzubieten.

Egon Spiegel beweist, dass er seinen Namen zurecht trägt; für eine gewaltfreie Welt braucht es mehr als Cheng Liu und ihn.

**Margit Eckholt/  
Georg Steins (Hg.):  
Aktive Gewaltfreiheit. Theologie und  
Pastoral für den  
Frieden, Würzburg:  
Echter 2018, kart.,  
312 Seiten,  
ISBN 978-3-429-  
04441-1,  
19,90 Euro**

Über die Chancen eines religions-kooperierenden Religionsunterrichts diskutieren anregend Jörg Ballnus und Dorothea Reininger.

Elisabeth Nau-rath und Katrin Binder plädieren

für einen verantwortungsbewussteren Umgang mit Tieren: sie erleichtern soziale Kontakte und befördern eine friedlichere Welt.

Ulrich Kuhnke betrachtet die Gebärende als Ursymbol des Friedens, weil hochgradig vulnerabel und sensibel.

Eine besondere Raumkunst zur Demonstration von territorialer und zugleich heiliger Konflikte beschreibt Rita Burrichter.

Ein ebenso kenntnisreiches wie schockierendes Szenario digitaler

Bedrohung entwirft Elmar Kos, um die Herausforderung für christliche Freidensethik zu verdeutlichen. Ebenso erschreckend fällt die Analyse rechtsgerichteter radikaler Christengruppen durch Sonja Angelika Strube aus; auch sie weist allerdings Wege, wie sich verbohrtter Fundamentalismus in vertrauensvolle Solidarität wandeln lässt.

Bei der Lektüre von Manfred Eders Beitrag fragt man sich, was „Gewalt gegen Päpste“ (257-288) mit dem Bandthema zu tun hat.

Veronika Prüller-Jagenteufel gelingt es, für dem Spardiktat geschuldete Konzentrationsentwicklungen in den Kirchen Österreichs und Deutschlands mit Blick auf Theologie und Bibel begründet Hoffnung zu wecken auf gemeindliche Spiritualität.

Ein kurzes Abkürzungsverzeichnis leitet zu Kurzbiografien der Autoren des Bandes über.

Vielleicht muss man damit leben, dass solche Festschriften nicht nur Lesenswertes enthalten, aber im Rahmen dieser Sorte von Anthologien verdient dieser Band Anerkennung. Außer den beiden Beiträgen, die ich uninteressant bis abwegig finde, bieten alle anderen Anregungen zum Nachdenken, sogar Handlungsimpulse. Für jeden und jede, die von einer friedlicheren Welt nicht nur träumen will.

## KONTAKT



### Bürozeiten/ Kontakt

Daniel Kim Hügel (Friedensreferent):  
Montag bis Mittwoch von 8.30-12.30 Uhr  
sowie Termine nach Vereinbarung,  
Email: [d.huegel@paxchristi.de](mailto:d.huegel@paxchristi.de)

pax christi-Büro Münster  
Schillerstraße 44a, 48155 Münster  
Telefon: 0251-511420,  
Email: [muenster@paxchristi.de](mailto:muenster@paxchristi.de)  
Webseite: [www.muenster.paxchristi.de](http://www.muenster.paxchristi.de)

## IMPRESSUM

### Herausgeber: pax christi Diözesanverband Münster

Schillerstraße 44a, 48155 Münster, Telefon: 0251/511 420  
E-Mail: [muenster@paxchristi.de](mailto:muenster@paxchristi.de), Homepage: [www.muenster.paxchristi.de](http://www.muenster.paxchristi.de)

Bankverbindung: Darlehnskasse Münster  
IBAN: DE40 4006 0265 0003 9626 00

Redaktionsmitglieder: Daniel Kim Hügel, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel

Lektorat: Christel Bußmann, Eberhard Ockel

Bilder: privat, pixabay (wenn nicht anders angegeben)

Druck: Kleyer-Druck, Münster-Roxel / Layout: Inga vom Rath

# HOFFNUNG

Vaclav Havel

*Hoffnung ist nicht dasselbe wie die Freude darüber,  
dass sich die Dinge gut entwickeln.  
Hoffnung ist vielmehr die Fähigkeit,  
für das Gelingen einer Sache zu arbeiten.  
Hoffnung ist auch nicht dasselbe wie Optimismus.  
Sie ist nicht die Überzeugung,  
dass etwas klappen wird, sondern die Gewissheit,  
dass etwas seinen guten Sinn hat –  
egal wie es am Ende ausgehen wird.*

*Diese Hoffnung alleine ist es,  
die uns die Kraft gibt zu leben  
und immer wieder neues zu wagen,  
selbst unter Bedingungen,  
die uns vollkommen hoffnungslos erscheinen.*

*Das Leben ist viel zu kostbar,  
als dass wir es entwerten dürften,  
indem wir es leer und hohl,  
ohne Sinn, ohne Liebe und letztlich  
ohne Hoffnung verstreichen lassen.*

(Quelle: Havel, V., Gedichte:  
Disturbing the Peace, pp.181f.)